

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Leipzig, den 12. April 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-,
Beratungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile;
Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art
50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 42

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

- Artikel:** Rückblicke und Ausblicke, XXIII und XXIV. — Ganz anders! — Gau Nordweil.
- Feuilleton:** Das 50jährige Stiftungsfest der Königsberger „Typographia“.
- Gewerkschaftsrecht:** Rückblick auf die Tarifbewegung im Holzgewerbe. — Arbeitererrat der christlichen Gewerkschaften und seine Folgen.
- Korrespondenzen:** Augsburg. — Halberstadt. — Landsbut. — Leipzig (M. S.). — Ludwigshafen a. Rh. — Schwabach. — Anna i. W. — Würzburg. — Joffen.
- Rundschau:** Erster ostdeutscher Buchdruckerjüngertag in Biegnitz, Pöngitz 1913. — Meisterprüfung. — Konkurs. — Betriebsunfall. — Scheiterung der Verhandlungen im Malergewerbe. — Ausschreibung und Auktionsfrist. — Deutsche Fußball- und Arbeiterbewegung. — Lebensmittelerzeugung der Arbeiterschaft durch Arbeitgeber. — Vereingefallene Neutralfiskusheuler. — Wohnungsfrage und Geburtenrückgang. — Ein Arbeiterminister in den Vereinigten Staaten. — Arbeitszeiten im Auslande.

□ □ Rückblicke und Ausblicke □ □

XXIII.

Zur entschiedeneren Wahrnehmung der Prinzipalsinteressen muß wohl auch der gewerkschaftliche Terrorismus als ein geeignetes Demonstrationsobjekt angesehen werden, denn die „Zeitschrift“ hat sich auch darüber hergemacht. Wie ein redaktioneller Artikel in Nr. 16 (25. Februar) durchblicken läßt, ohne zwingenden Grund, denn die selbst besonnen, verhältnismäßig noch einfach gelagerten Organisationsverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe müßten eigentlich von einer Behandlung dieses den Unternehmern ziemlich gefährlichen Schemas absehen lassen. Es wurde im „Korr.“ oft genug dargelegt, daß die Arbeitgeber das Aufschlagen dieses Kapitels mehr zu fürchten haben als die Arbeiter. In der vorigen Nummer ist das in zwei Artikeln noch in einer Weise erhärtet worden, daß es keinem Zweifel mehr unterliegen kann, wer bei einer Diskussion darüber der verlierende Teil ist.

Indes, in seinem Zwiepspalte zwischen Wollen und Sollen mußte sich das Prinzipalsorgan auf dieses Glattis begeben. Es geschah aus Anlaß der Morbata des Kunschak in Wien, dem der Fanatismus der „christlichen“ Sozialorganisierten den Revolver gegen einen sozialdemokratischen Führer in die Hand drückte, um den ganz außerhalb einer Terrorismusmöglichkeit zu Kunschak stehenden Abgeordneten Schuhmeier niederzustoßen. Man muß sagen, die Besonnenheit des Falles hätte zu noch größerer Vorsicht gemahnen müssen.

Es ist der „Zeitschrift“ schon bedeutet, wie wenig glücklich sie operierte, über diese Schreckenstat groß zu artikulieren, und zwar abzielend auf eine Tendenz, die den gewerkschaftlichen Terrorismus als eine Tatsache ansieht. Die „Solidarität“, das Organ der Hilfsarbeiter, hat vor vier Wochen der „Zeitschrift“ recht ungeschminkt gesagt, wie dieses ihr Verhalten auf die buchgewerbliche Arbeiterschaft wirken müsse. Die dabei gezogenen Parallelen entbehren des Interesses auch für unsre Leser nicht. Wir bringen daher im folgenden einen Auszug aus dem Artikel der „Solidarität“:

Warum ereifern sich die Unternehmer immer so, wenn freigeorganisierte Arbeiter sich weigern, mit einem „christlichen“ Kollegen zusammen zu arbeiten, und nicht, wie wir es doch schon oft erlebt haben, wenn die Dinge gerade dem entgegengekehrt liegen? Sehr einfach, der „Christliche“ ist lebenslang der bessere, er ist nicht so bescheiden. Daher das Terrorismusgeschrei über die Freigeorganisierten. Und nur die Arbeiter terrorisieren den Andersdenkenden und den Unternehmer. Die Arbeitgeber selbstverständlich tun keinem Arbeiter etwas Böses. Wird ein Arbeiter, weil er ein „Kerber“ ist, von den

Unternehmern auf die schwarze Liste gesetzt, so ist das beileibe kein Terrorismus. Die „Zeitschrift“ wende sich gefälligst einmal an die Unternehmer, damit deren „Bornerheit nicht das natürliche Gefühl für Gerechtigkeit erstickt“. Sonst könnten nicht fleißige Arbeiter, die gewissenhaft ihre Pflicht erfüllen, nur weil sie freigeorganisiert sind und für ihre Organisation wirken, einfach auf die Straße gesetzt und ihnen die Möglichkeit genommen werden, in einem andern Betrieb Arbeit zu bekommen. Das öde Geschwätz in der „Zeitschrift“ über den Terrorismus der Freigeorganisierten kann kaum wundernehmen, deutet man die Angelegenheiten, die den tariffreien Prinzipalen in letzter Zeit von ihren Klassenossen bereitet wurden, richtig. Ist doch diesem Unternehmerorgan in Breslau der schwere Vorwurf gemacht worden, daß es nicht scharf und schneidig genug die Interessen der Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins vertritt und zu viel mit den Arbeitern liebäugelt. Wird es nicht ständig von den Scharfmachern im Buchdruckgewerbe in dessen Organ wegen seiner Laubheit verhöhnt? Das darf die „Zeitschrift“ nicht auf sich sitzen lassen, und man versucht, sich zu rehabilitieren. Bald müssen alle bösen Zungen verstummen. Das Blatt, das vor gar nicht so langer Zeit Dr. Keller das Wort gab zu einem Artikel „Nicht scharfmachen“, spricht jetzt von der „vorliegenden Verwilderung der sittlichen Begriffe“ in Arbeiterkreisen. Jedermann sieht, wohin die Reise geht. Es fragt sich nur, ob die nun beliebte schneidige Taktik den Arbeitgebern im Buchdruckgewerbe mehr einbringen wird.

Aus dem ersten Absatze geht hervor, daß auch in Hilfsarbeiterkreisen Beobachtungen und Erfahrungen gemacht sind, die nicht gerade von einer Engelreinheit der Prinzipale in puncto Terrorismus sprechen lassen. Der zweite besagt das gleiche, was von uns in dieser Artikelserie schon mehrmals über die erzwungene Wandlung der „Zeitschrift“ ausgeführt worden ist. Wenn man sich auch noch faub dagegen stellt, was bereits die Späßen von den Dächern pfeifen, so ist das schon mehr eine fragikomische Situation.

Daß der vor allem als eine Folge der organisatorischen Entwicklung auf Arbeiterseite zu betrachtende gewerkschaftliche Terrorismus ein zweischneidiges Schwert ist, hat sich denn auch mit außerordentlicher Promptheit an der „Zeitschrift“ selbst bewahrheitet. In der gleichen Nummer, in der die Kunschaksche Morbata an einem Führer der österreichischen politischen Arbeiterbewegung zu einer umfangreichen Epistel über den Terrorismus der Freigeorganisierten herhalten muß, gibt die „Zeitschrift“ von der Gründung eines Arbeitgeberverbandes für die Papier und Leder verarbeitende Industrie Kenntnis, der seine Zweckverwirklichung hauptsächlich in der Anwendung schärfsten Terrors gegen die Arbeiter wie auch gegen die eignen Gewerbeangehörigen gegeben sieht. Nach den von dem Prinzipalsorgane wörtlich wiedergegebenen diesbezüglichen Bestimmungen in den Satzungen dieses neuen Arbeitgeberverbandes würde das bekannte Sprüchlein aller Terrorismusplattirichter: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“, noch niemals eine so zutreffende Anwendung gefunden haben als auf die hier ihren organisatorischen Zusammenfluß unter Proklamierung des offenkundigsten Terrorismus vollziehenden Industriellen einer unserm Gewerbe nicht so fernstehenden Unternehmergruppe. Aber die vorn über den gewerkschaftlichen Terrorismus so vollstehende Feder vermeidet hinten ängstlich auch nur den Anschein einer Kritik an der Erhebung des gleich zweifachen Terrorismus zum organisatorischen Grundsatz! Wenn daran schon die prekäre Lage des Terrorismusrichters der „Zeitschrift“ zu erkennen ist, so muß man die Redaktion des Prin-

zipalsorgans als von Fatalitäten geradezu verfolgt ansehen, daß sie sich anschickte, die in der Nr. 21 des „Korr.“ gebrachte Rundschauozif „Mehr Rückgrat!“ in das Kapitel des gewerkschaftlichen Terrorismus einzubeziehen. Es ist einfach erstaunlich, daß die darin an die Arbeiterschaft gerichtete Mahnung, nicht mit jedem Mißstand aus dem Arbeitsverhältnisse die Arbeiterpresse zu bombardieren, sondern in korrekter Weise und zur rechten Zeit an Ort und Stelle die Beschwerden vorzubringen, zu einer förmlichen Verzerrung der guten Absicht, einem Zubiel an Kritik in der Arbeiterpresse über mißliche Betriebszustände zu wehren, führen konnte. Und direkt sprachlos machte uns der aus nur dem kleinsten, den Zweck dieses Appells gar nicht erkennen lassenden Teile gezogene Schluß, der — man denke! — das vorausgehend schon zitierte Terrorismusprüchlein ist! Daß mit solchen Mitteln von der „Zeitschrift“ gearbeitet werden könnte, hätten wir vor einem Jahre fast nicht für möglich gehalten. Aber die „folgeschweren Beschlüsse“ von Breslau und das Revirement in der „Zeitschrift“ nach Breslau!

Wenn die nach der „Zeitschrift“, verhältnismäßig noch einfach gelagerten Organisationsverhältnisse im Buchdruckgewerbe nicht eine Komplizierung erfahren haben, so ist das in allererster Linie dem Verbande zu danken. Da aber die „Zeitschrift“ meint, das schließe eine ernste Beschäftigung mit den angeschnittenen Fragen — des gewerkschaftlichen Terrorismus nämlich — trotzdem nicht aus, so möchten wir sagen, daß das nicht nur unlogisch ist, sondern auch gar zu sehr den schönen Artikel in ihrer Nr. 36 v. J. „Zurückweisung von Verdächtigungen der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker und des Deutschen Buchdruckervereins“, desavouiert. Diese damalige deutliche und gründliche Abklärung des Gutenbergbundes und der christlichen Gewerkschaften, und nach kaum Jahresfrist solche Terrorismusbetrachtungen — es ist wirklich zu viel verlangt, da noch an einen stetigen Kurs, ein klares Reflexziel und die Ordnung im Segelbuch der „Zeitschrift“ zu glauben, was diese in ihrem pseudohochgemulenen Entgegnungsartikel in Nr. 24/25 gern als Tassachen erscheinen lassen möchte.

Aber gewerkschaftlichen Terrorismus zu orakeln ist, wie vorstehend und in unsrer vorigen Nummer im speziellen dargelegt, ein gar gefährlich Ding. Leicht schnell da der Pfeil auf des Schützen Brust zurück, was sich im nachstehenden noch zeigen wird. Glaubst nun die „Zeitschrift“ bei den Prinzipalen das Empfinden wecken zu müssen, sich auch von der andern, hier in Frage stehenden Unternehmermodekrankheit befallen zu sehen, so läuft das auf eine Parfeinahme für den skandal- und denunziationslüsternen Gutenbergbund hinaus. Auf nichts mehr und nichts weniger. Das kleine, widerhaarige Montenegro pfeift lachend auf die Demonstration der Großmächte und wirft diesen weiter hoch die Fenster ein. Mit dem Gutenbergbund verhält es sich genau so. Auch er weiß, wo er und welchen Rückhalt er findet und ist darum auch so spaßenfroh, wie es fast undenkbar ist.

Wenn man sich aber den Tassachen nicht ganz verschließen will, so muß es doch eine Erklärung dafür geben, daß der Verband mit den noch in etwas größerer Anzahl vorhandenen A.-B. keine Mißbilligungen hat. Daß unter den 4000 A.-B. auch kleinere organisatorische Gebilde sich befinden: die Prinzipalskaffe, die Zweite Klasse in Leipzig, der

Polnische Buchdruckerverein mit 147 Mitgliedern, der Magdeburger Buchdruckerverein mit etwa 130 Mitgliedern, ähnliche lokale Klassenvereinigungen von A.-B. an andern Orten sowie im Kirch-Druckerei-Gewerkvereine der graphischen Berufe, und mit diesen ein Verhältnis besteht, das auch nicht im leisesten das Wort Terrorismus erkönnen macht; daß weiter mit dem zu einem ansehnlichen Teil aus Nichtverbandsmitgliedern sich zusammenfindenden Faktorenbund ein selten nur getriebenes Nebeneinander möglich ist; daß ferner nur die zumeist recht ungeschickte Propaganda für die Prinzipalskaffe — was am Grünen Donnerstage bei der allgemeinen diesjährigen Lossprache in der Gutenberghalle des Deutschen Buchgewerbehauzes in Leipzig wiederum der Fall war — dem „Korr.“ Veranlassung gibt, sich mit dieser von den Prinzipalen ausgehaltenen Kaffe zu beschäftigen — — all das läßt ohne weiteres erkennen, daß der Kriegszustand zwischen Verband und Gutenbergbund doch nur in dem Verhalten des letzteren begründet sein kann. Und wer nicht zugunsten einer gewissen Strömung im Deutschen Buchdruckerverein auf die objektive Beurteilung der Dinge verzichtet hat, dem fällt der Schluß gewiß nicht schwer, daß es lediglich das verräterische, in jeder Beziehung unsolidarische Benehmen, die krankhafte Verleumdungs- und Denunziationsucht sowie überhaupt die niederträchtige Kampfesweise des Gutenbergbundes gegen den Verband und die Tarifinstitutionen sein kann, was für uns eine andre Stellungnahme, als den A.-B. gegenüber bedingt. Wenn bisher die frechen Provokationen des Gutenbergbundes, der für diesen sich einsetzenden christlichen Gewerkschaftspresse und einer Anzahl von Zentrumsblättern dank der im Verbands herrschenden Disziplin noch nicht zu Zusammenstößen anderer Art geführt haben, so unterlasse man es ja, angesichts dieser wirklich großen Duldsamkeit etwa noch mit dem Worte Terrorismus zu spielen. Wenn die nachdrücklichere Vertretung der Prinzipalsinteressen gar auch so zu verstehen sein sollte, dann könnte es bald dahin kommen, daß für die Folgen solcher Artikelschreiberei der „Zeitschrift“ in Gehilfenkreisen Verbandsleistung und „Korr.“ jede Verantwortung ablehnen!

Allerdings, es könnte auch anders zu denken sein, was der „Zeitschrift“ Terrorismusbekleimmungen bereitet. So möchte sie vielleicht auf diese Weise ihr Mißfallen über die von ihr bis jetzt noch nicht erwähnte Köhler Terrorismusaffäre zum Ausdruck bringen. Was Herr Dr. Scharnittel veranlassen dürfte, in Zukunft etwaige Einwirkungen des Bundessekretärs Felder auf seine Kundenschaft mit andern Maßnahmen zu beantworten als mit der seinen Gehilfen gestellten Alternative: Entweder Eintritt in den Gutenbergbund oder Kündigung! Durch eine solche Methode der indirekten Verurteilung will sie möglicherweise auch erreichen, daß die rheinisch-westfälischen Prinzipale nicht wieder lärmende Anklagen

über den verbändlerischen Terrorismus vom Stapel lassen wie im vergangenen Jahre, um dann auf der späteren Kreisamtsitzung mit ihrem Materiale Fiasko zu erleiden oder gar noch recht unbequeme Widerklagen von Verbandsseite zu erleben. Der Duisburger Terrorismusfall vor einhalb Jahren hat es ja dargelegt, was von den christlichen Gewerkschaften an terroristischen Skrupellosigkeiten gegen Verbandsmitglieder möglich ist. Wenn das durch Schiedsgerichtsurteil festgestellt wurde, so ist doch an dem Tatbestande nicht zu rütteln. Auch könnte wohl auf diese Weise bestimmten Prinzipalen zum Bewußtsein gebracht werden, daß es nichts anderes als Terrorismus ist, wenn die Geltendmachung materieller Ansprüche vor dem Tarifschiedsgerichte die Kündigung der Betroffenen zur Folge haben würde, oder wenn auf die Erklärung, daß eine tarifliche Inkorrektheit anderer Art gehilfensteig auf dem Klagewege zu beseitigen versucht werden müßte, da Vorstellbarwerden nichts genutzt habe, die Antwort kommt: „Wenn wir verklagt werden, so werden wir Repressalien gegen die älteren Gehilfen anwenden“. Derartige Auslassungen könnten wir noch in mancherlei Variationen anführen. Wir verweisen nur auf den in Nr. 12 von 1912 erschienenen Artikel „Falscher Berichtungsseifer“ hin, der da zeigt, wie es einem Vertrauensmann ergehen kann, wenn er einer Tarifumgebung für das ganze Personal wehren will. Da kann einen solchen Kollegen weder die mehr als zehnjährige einwandfreie Tätigkeit wie die Intervention des Prinzipalskreisvertreter und des Schiedsgerichts nicht vor Maßnahmen schützen, die über den Begriff der Maßregelung hinausgehen und schon mehr als Terrorismus anzusehen sind. Da wir aber annehmen, daß die „Zeitschrift“ solche im praktischen gewerblichen Leben nicht so seltenen terroristischen Anwendungen mit ihren Anspielungen unterlassen sehen will, so sei das Kapitel vom Prinzipalsterrorismus verlassen.

Es wäre weder objektiv, noch konsequent, eine ernsthafte Beschäftigung mit dem selber so gut wie verneinten Terrorismus des Verbandes anzurufen, die Häuschen und Hausen vor der eignen Tür aber gar nicht zu sehen. Man mag auch das zeitgemäße Terrorismusgeschrei in seiner eigentlichen Ursache verkennen, und ist auch die „Zeitschrift“ gezwungen, den Mut des Breslauer Standpunktes zu bezeigen, sicherlich wird sie nicht einseitig verurteilen, sondern mit Dr. Sinsheimer ausprechen, daß der Terrorismus ein unentbehrliches Requisite der unternehmerseitigen Organisationspraxis ist . . .

XXIV.

Eine Art des gewerkschaftlichen Terrorismus ist die sogenannte Anprangerei. Daß die „Zeitschrift“ bei ihrem Eifer, nach Sünden der Gehilfenschaft zu suchen, die Entdeckung machte, der ohnehin auf recht schwachen Füßen stehende Terrorismus in

unserm Gewerbe — dieses Charakteristikum muß nach ihren Deduktionen dem von Gehilfenseite angeblich betätigten Terror zugeschrieben werden — gebiete noch eine Klassifizierung, worauf dann das schöne Wort Anprangerei Kursfähigkeit erhielt, ist wirklich eine Leistung. Wie es denn überhaupt eine Spezialität des Prinzipalsorgans zu werden scheint, aus purem Nichts ein großes Brimborium zu machen. Wenn eine derartige Befähigung dem „Korr.“ keine Anerkennung abringt, sondern von ihm bei seiner bekannten Hartleibigkeit erklärt wird, wo nichts ist, ist nun einmal nichts, so reißt die „Zeitschrift“ noch verwundert die Augen auf und fragt in köstlicher Naivität: „Wozu der Lärm?“ Es sind doch Erfahrungen und Beobachtungen aus der Praxis, ist doch Tatsächlich! Darüber müßte doch gesprochen werden, um Verbesserungsmöglichkeiten in dem Gebilde von Menschenhand, am Tarife, zu finden! Daß vor diesem neuen Geiste wir uns nicht anbetend beugen, sondern immer wieder zum Ausdruck bringen, es könnte sehr wohl in dem alten Fahrwasser weitergehen, das will der „Zeitschrift“ eben gar nicht in den Kopf.

Anprangerei ist die Schilderung von Druckereivorgängen und -mißständen im „Korr.“ unter Nennung der betreffenden Firmen, unter Umständen auch die Auskunfterteilung bei Anfragen behufs Konditionsannahme. Der letztere Punkt wird uns noch beschäftigen; es ist goßvoll, was darüber „sachkundig“ alles in der „Zeitschrift“ zu lesen war. Aber das, was aber die „Zeitschrift“ unter Anprangerei versteht, haben wir uns im Kapitel XVI (Nr. 32) eingehend und sachgemäß ausgelassen und ersuchen alle Vorstände (Schriftführer), danach stets zu handeln. Wir müssen jedoch auch die bestimmte Erwartung nach der andern Seite aussprechen, daß auf die Abstellung von erwiesenen Mißständen und das Unterbleiben tatsächlicher Ungehörigkeiten oder nachweislicher Tarifwidrigkeiten von den Prinzipalsfunktionären in den vorgegebenen Instanzen die nötige Energie einfließt wird, denn die Gehilfenfunktionäre haben diese Mittel der Einwirkung nicht zur Verfügung. Es darf weder ein Verschleppen noch ein Vergraben Platz greifen. Wir haben in diesen Tagen erst wieder eine Sache studiert, wobei wir uns wundern mußten, welche Mißstände selbst von Firmen auf Beschwerden hingemacht werden, deren Inhaber Amter in der Prinzipalsorganisation bekleiden. Die öffentliche Kritik kann nur bis zu einem gewissen Stadium ausbleiben, unter allen Umständen keinesfalls. Denn es gibt auch Prinzipale, die die Anrufung der Tariforgane resp. Klagen vor dem Schiedsgericht auf eine Weise zu verhindern wissen, gegen die man fast machtlos ist, weil eben die betreffenden Gehilfen aus Angst um ihre Stellung verlagen. Wir haben für solche Gehilfen, die sich so ihres Rechts entlagen, ja nichts übrig, aber der darin liegende Unternehmerterrorismus ist schlimmer als der offene. Da die Tarif-

Das 50jährige Stiftungsfest der Königsberger „Typographia“

Wie schnell entellen die Stunden der Festesfreude, die man seit Monaten und Wochen herbeisehnte! Wie rasch wechselte die Eindrücke, die während der Festtage empfangen wurden, zu deren Vorbereitung aber mühevoll Tages- und Nachstunden gehörten? Nichts als die Erinnerung bleibt! Am Osterabend versammelten sich die Mitglieder der „Typographia“ mit ihren Gästen in dem festlich geschmückten Saale des „Alten Schützenhauses“ zu einem Herrenabend. Aus vollem Orin leuchtete am Eingange grüßend die Büste unfres Altmeisters. Eine aus elektrischen Glühbirnen hergestellte „50“ vervollständigte den festlichen Eindruck. Und die Kollegen kamen in stofflicher Anzahl. Die Königsberger, trotzdem viele von ihnen erst in später Abendstunde den Winkelhaken aus der Hand gelegt hatten, mit freudigen Gesichtern; die auswärtigen Gäste aus Ost- und Westpreußen, ja, sogar aus Berlin, mit frohen Mienen dem Augenblick entgegenharrend, wo sie lieben alten Freunden und Kollegen wieder einmal die Hand drücken konnten.

Pünktlich 8 1/2 Uhr eröffnete die Kapelle des Pionierbataillons Nr. 18 das Programm mit dem Krönungsmarsch aus „Die Follanger“ von Kreiswischer, um dann in einer Reihe vorzüglich ausgeführter Musikstücken den Abend für die weiteren Vorträge vorzubereiten. Um 10 Uhr betrat die Gesangsabteilung der „Typographia“, die in diesem Jahr auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken kann, die Bühne und trug unter Leitung ihres Dirigenten J. Grobe fünf Männerchöre vor. Sowohl „Andacht im Walde“, Chor mit Orchester und Bariton-

solo, gab den Zuhörern Gelegenheit, wiederum das schöne Organ unfres Kollegen Adomeit, der die Solopartie hatte, zu bewundern. Es folgten: „Slawonisches Ständchen“ von S. Jüngst, „Hymne an die Nacht“ von R. Schumann und „Der Edelmann im Haberack“ von G. Wohlgemuth; drei a cappella-Sachen, die ihre Wirkung wirklich nicht verfehlten. Den Schluß dieses gesanglichen Teils bildete die Aufführung des netzlichen Walzers „Ein Abend in St. Leonhard“ von Th. Koschak.

Nach einem Fansarenmarsche der Kapelle begann das gemeinsame Essen, das der Verein seinen Mitgliedern und Gästen gab. Vor demselben war eine vom Vorstande herausgegebene Festschrift zur Verteilung gelangt, in der die wichtigsten Daten der Vereinsgeschichte niedergelegt waren. Gleichzeitig sind in dem Büchlein die Photographien der beiden aus der Gründungszeit des Vereins noch lebenden und an dem Feste teilnehmenden invaliden Kollegen Gustav Götting und Louis Schulz, der beiden ältesten Sänger Albert Adomeit und Richard Bahl und des derzeitigen Vorstandes entfallen. Aus dieser Festschrift geht hervor, daß die „Typographia“ hier in Königsberg gewissermaßen als Vorläufer des Verbandes zu betrachten ist. Sie bereite den Boden vor für den einige Jahre später erfolgenden Zusammenstoß im Verband. Jahrelang hat sie den hiesigen Verbandsmitgliedern als Ortsverein gebient, bis später eine Trennung eintrat und somit dem Vereine mehr die Aufgabe zufiel, für das gesellige Leben unter den Kollegen zu sorgen. Als dann 1883 die Gesangsabteilung des Vereins gegründet wurde, die nun wohl zu den ältesten Buchdruckerfängerbänden Deutschlands zählt, war dem Vereine der Weg zu weiterer Entwicklung gewiesen. Und er hat diesen Weg trotz mancher Anfeindungen und frühen Erfahrungen ehrenvoll zurückgelegt. Heute sind fünf Sechstel aller Königsberger Kollegen Mit-

glieder der „Typographia“. Aber 80 Sänger zählt der leistungsfähige Chor, der schon so manches Mal bei den Provinzvereinen gern gesehener Gast gewesen ist und auch dort, hauptsächlich aber in Königsberg, viel zur Belebung des kollegialen Lebens beigetragen hat. Nach der Suppe ergriff der Vorsteher des Vereins, Kollege Richard Bahl, das Wort zu einer herzlichen Begrüßungsansprache, die Hoffnung ausbreitend, daß die Zukunft der „Typographia“ immer neue Freunde zuführen möge und ihr die verdiente Anerkennung nicht verlagert bleibe. Nach dem zweiten Gange fanden die Sänger sich wieder auf dem Podium ein, um zunächst das „Gutenberglieb“ von B. Franz, dem früheren Dirigenten der „Typographia“, und dann Mendelssohn-Bartholdys „Festgelang an die Künstler“ mit Orchesterbegleitung erakt vorzutragen.

Alsdann ergriff Sauerortseher Reizner das Wort zu seiner gütigen Festrede, die erschlichen Eindruck hinterließ. Die Sänger sangen anschließend den markigen Chor „Märzluft“ von Angerer.

Hierauf ergriff der zweite Vorsteher, Kollege F. Kaffner, das Wort, um mitzutellen, daß der Vorstand beschloßen habe, seinen langjährigen Vorstehenden Bahl für die treuen Dienste, die er dem Verein in mehr als 30 Jahren geleistet habe, zum Ehrenvorsitzenden zu ernennen. Kollege Albert Adomeit, der gleichfalls länger als 30 Jahre der Gesangsabteilung angehört, wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Beide Subilare erhielten geschmackvoll ausgeführte Diplome, die vom Kollegen Max Schellmann („Ostpreussische Zeitung“) entworfen waren. Alle übrigen Sänger bekamen zur Erinnerung an das Jubiläum eine Sängernadel. Der neue Ehrenvorsitzende Bahl dankte für die ihm und seinem Sangesbruder Adomeit gewordene Ehrung und überreichte dem seit elf Jahren unermüdetlich tätigen Dirigenten, Herrn Lehrer J. Grobe, namens des Vereins gleichfalls ein Ge-

instanzen hier also gar nicht in die Lage kommen, einschreiben zu können, muß schließlich mittels der Anprangerei die Sache in Fluss gebracht werden, auch aus allgemeinem Interesse. Was die „Zeitschrift“ in den letzten zwei Monaten gegen die Gesellschaft vom Stapel ließ, fällt zu einem Teil auch mehr unter den Begriff der Anprangerei als unter den objektiver Kritik.

Abriß geht es auch in der Anprangerei beim „Korr.“ nach gleichem Maße. Da ist z. B. in Nr. 39 eine Arbeiterdruckerei in einem Verfallungsberichte „angeprangert“ worden. Das uns von diesem Geschäfte darob zugegangene Schreiben amtef auch alles andere als Befriedigung darüber. In der nächsten Nummer wird auf den eigenartigen Fall noch eingegangen.

Es ist zudem das Anprangern nicht einmal eine den Verfallungsberichten im „Korr.“ eigentümliche Erscheinung. Findet sich doch in der Nummer der „Zeitschrift“ vom 21. Februar eine Erklärung der beiden Vertreter des XI. Tarifkreises, wonach die in einer Prinzipalsversammlung in Frankfurt a. D. an der Anführung des Arbeitsnachweisverwalters geübte Kritik wie die in dem fraglichen Bericht angedeuteten sonstigen Beschwerden über den von einem Gehilfen verwalteten Arbeitsnachweis bei der Untersuchung sich als unzutreffend erwiesen haben. Der Verwalter habe sein Amt ganz einwandfrei versehen. Ein Zufall fügte es, daß wir vor einigen Tagen die erhobenen Anschuldigungen gegen den betreffenden Arbeitsnachweisverwalter näher kennen lernen konnten. Wirklich, man kargt auf Prinzipalsseite nicht mit beweislosen Anklagen! Wenn wir nun wegen jenes Verfallungsberichts in Nr. 11 der „Zeitschrift“ mit den Worten der „Zeitschrift“ in Nr. 18 über die im „Korr.“ geübte Anprangerei von einem Falle von „Selbstjustiz der Zeitschrift“ sprechen und sagen würden:

Wir sind begierig, wieweit die „Zeitschrift“ in diesem an merkantischen Präzedenzentscheidungen erinnernden summarischen Verfahren noch gehen wird. Wenn sie sich schon vor aller Intervention sicher zu fühlen glaubt, so dürfte sie sich darin aber sehr irren. Wenn ihre eigene Aufsicht verlag, so gewinnt sie damit nichts weiter als Mitleidige, wie würde da unsre „Aufdringlichkeit“ mit großer Geste zurückgemessen und dem „Korr.“ entrüftet seine ganze Inferiorität klargestellt worden sein!

Indes, wir besitzen weder für die knallige Ausdrucksweise in Nr. 18 (wie vorstehend wörtlich gegen den „Korr.“ gerichtet und nun auf das Prinzipalsorgan übertragen) noch für die Behandlung von oben herab bei verlobenem Gefechtsfelde das nötige Verständnis, sondern handeln nach Pflicht und Gewissen. Die gebieten, unberechtigter oder einseitiger noch unzulässiger „Anprangerei“ im „Korr.“ nach unsern Kräften zu vermeiden, in wirklich verdienten Fällen wird aber eine Raße eine Raße genannt. Der „Zeitschrift“ aber sei noch empfohlen, hinsichtlich der Anprangerei das hohe Maß nicht zu sehr zu quälen. Wie schnell man da herunterfliegen kann, zeigt ihr Fall Frankfurt a. D.

□ □ □ □ Ganz anders! □ □ □ □

Sch hoffe, mich größter Objektivität in meiner Darstellung bestrebt zu haben.

Diesen Satz stellt ein Herr Wiederanders seinen Ausführungen in einem längeren Aufsatz über „Die Monotypie“ in Nr. 26 und 27 (1. und 4. April) der „Zeitschrift“ voran. Und in der Tat, man muß zugeben, daß ihm in seinen Ausführungen eine gewisse Objektivität gelungen ist. — Soweit er sich mit der Maschine selbst und ihrer vielfachen Verwendbarkeit und ihrer darum unbefristeten Überlegenheit andern Sechsmaschinen gegenüber beschäftigt.

Etwas anders ist es aber, wenn er behauptet, daß die Qualität der Monotypie schrift hart (?) an die der Komplexgubhschrift herantreffe, und wenn er sagt, daß sich die Monotypie schrift ebenso tadellos drucken läßt wie Komplexgubh. Die Maschinenmeister (also Fachleute), die genötigt sind, mit Monotypie schrift zu drucken, sind meines Wissens etwas andrer Meinung. Ebenso ist es etwas anders, und Herr Wiederanders erreicht damit in derleiben Weise hart die Grenze der Objektivität wie beim Vergleichen der Monotypie schrift mit der Komplexgubhschrift, wenn er sagt, das Regen der Druckformen unter 51 vor dem Druck wäre ganz überflüssig, wenn „die Formen beim Schließen mit Altkuratlasse behandelt würden — aber dies kostet eben mehr Zeit als das Umfüllen der 51-Kannen“. Mir scheint, als ob in diesem Satze so etwas wie ein kleines „objektives“ Denunziationsstück enthalten wäre, daß die betreffenden Drucker nicht ganz unabhängig mit ihrer Leistungsfähigkeit und „Möglichkeit beim Behandeln der Formen zurückzusehen und das „Umfüllen“ der 51-Kannen mit höchst wurschtiger Bequemlichkeit besorgen!

Weiter verweist sich der Herr Artikelsschreiber zu dem Satze: „Das Ablegen der Monotypie schrift läßt sich genau in derleiben Weise ausführen wie bei Komplexgubh“. Sehr richtig! Man legt beim Ablegen ebenso Buchstaben für Buchstaben in den Schekasten, aber dennoch — sehr falsch! Meine Erfahrungen in dieser Hinsicht und die nicht weniger andere bezeugen nämlich das Gegenteil. Meine ständig wunden Finger gerade von der Monotypie schrift waren es, die mich veranlaßten, dem Schekasten Ballet zu sagen. Und es ist wohl zehn gegen eins zu werten, daß sich die Prinzipale keinesfalls dazu verstanden hätten, im neuen Tarife für Monotypie schrift den Grundpreis zu erhöhen, wenn nicht von Gehilfenseite diese Erhöhung mit zwingender Notwendigkeit bewiesen worden wäre; denn bekanntlich heißt es ja immer bei Forderungen bezüglich tariflicher Neuerungen: „Bitte beweisen!“

Ganz anders denn objektiv ist es auch, wenn sich Herr Wiederanders auf das unendlich weite und gefährliche Gebiet der logischen Schlussfolgerungen und auf das der tariflichen „Anrichtigkeiten“ und Vorschläge begibt und Behauptungen aufstellt, die nach seiner Meinung, ohne Zweifel „richtig“ sind, objektiv es sich aber verlag: „Belege dafür anzuführen“. Hier kommt eben nicht der objektive Artikelser, sondern der „Faktor“ in seiner gottgewollten Abhängigkeit als Sachwalter des Prinzipals zum Durchbruch.

„Eintretende Störungen sind in der Regel auf ungenügende Reinigung, die in der Hauptsache im Ausblasen der Maschine besteht, zurückzuführen.“ sagt der Herr Artikelsschreiber — und dennoch: „Die Putzzeit ist für die Tastmaschine auf eine halbe Stunde pro Tag festgesetzt. Was wird nun an der Tastmaschine gereinigt bzw. gepulvt? Die blanken Teile und „ausgelassen“. Damit ist die Sache erledigt — und zu dieser Arbeit, die in zehn Minuten, höchstens einer Viertelstunde, bequem und ordentlich erledigt werden kann, ist eine halbe Stunde festgesetzt. . . . Ich muß schon sagen, daß, wenn sich die Taster nicht recht gut dabei unterhalten können, ihnen die Zeit bis zum Schluß recht langweilig wird.“

Also: Ungenügende Reinigung ist in der Regel die

Ursache der Störungen, und deshalb ist die Putzzeit — zu lang! In zehn Minuten kann die Tastmaschine bequem und ordentlich gereinigt werden. Kommen Störungen vor, dann hat der Taster in der Regel nicht ordentlich, sondern — nach der Terminologie des Herrn W. — nur etwa fünf Minuten lang gereinigt (denn in zehn Minuten kann ja die Maschine bequem und ordentlich gereinigt werden), die übrigen 25 Minuten aber hat er sich aus „Wangeweile“ auf unterhalten. Ob über die „Logik“ und „Objektivität“ des Herrn Wiederanders oder über „noch etwas anderes“, darüber schweigt sich Herr W. kluger- und objektiverweise aus. „Warum soll und darf eigentlich die Reinigung der Tastmaschine nicht von anderer Seite (einem Hilfsarbeiter) ausgeführt werden? Der Einwand von der Verantwortlichkeit muß bei dieser Maschine glatt abgelehnt werden; denn diese ist durchaus nicht so konstruiert, daß bei genannten Manipulationen etwas an ihr in Unordnung gebracht werden könnte.“ ist in dem Artikel zu lesen — und trotzdem: „Eintretende Störungen sind in der Regel auf ungenügende Reinigung . . . zurückzuführen.“ Erkläre mir, Graf Strindur . . . ?

Die Putzzeit für Tast- und Siebmaschine, „bei der doch ungleich mehr in Ordnung zu bringen ist“, ist die gleiche; ergo: „ist die Putzzeit für die Tastmaschine zu lang!“ Warum ist wohl Herr W. in seiner „Objektivität“ nicht zu dem Schluß gekommen, daß die Putzzeit für die Siebmaschine (oder deren zwei) zu kurz ist? U. S. W. g.

Den gleichen Gipfel der Logik und Objektivität erklimmt Herr W., wenn er sagt: „Ferner ist es nicht nur erstrebenswert, sondern bei der Ausbreitung der Sechsmaschinen unbedingt notwendig, daß in Rücksicht darauf eine gewisse Reserve von guten Maschinenleibern immer zur Verfügung steht.“ In demselben Atemzug aber orakelt er weiter: „Unter den Stellensuchenden ist es bestimmt der größte Teil, der den tariflichen Bedingungen nicht genügt. Vorzügliche und übermittelmäßige Maschinenleiber befinden sich immer in Stellung ebenso wie Handlöhner der gleichen Qualität. Die „Reserve“ soll und muß aus brauchbaren Elementen bestehen. . . .“

Doch auch „soziale Erleuchtung“ wird in seinen Ausführungen offenbar: „Abriß verlangt die heutige Produktionsweise . . . unbedingt, daß stets arbeitslose Kräfte zur Verfügung stehen. . . . Der gehilfenleilige Einwurf, daß auf diese Weise die Zahl der Konditionslosen eine weit größere würde, ist falsch (warum wohl? Verf.). Die Zahl der Konditionslosen wird dadurch nicht größer, sondern diese selbst werden nur differenzierter.“

Also: Planmäßig muß ein „Reserveheer“ gezüchtet werden, weil es die heutige Produktionsweise „verlangt“; aber ebenso sicher wie das Amen in der Kirche „genügt der größte Teil der Stellensuchenden nicht den tariflichen Bestimmungen!“

Ich weiß nicht, ob Herr W. jemals die „absolut notwendigen“ Freuden der Konditionslosigkeit zu kosten bekommen hat, und ob er sich dann nicht mit all diesen „größten Teufeln“ der Stellensuchenden gerechnet hat, die eben tariflichen Bedingungen nicht genügt; denn: „vorzügliche und übermittelmäßige Maschinenleiber wie Handlöhner befinden sich immer in Stellung!“

Diese seine obigen Ausführungen sind eine ebenso dreiste wie vage Behauptung, die auch dadurch, daß sie immer wieder von neuem aufgestellt wird, bis heute noch nicht gekelter geworden ist.

So hatte ich z. B. in den sechs Jahren von 1899 bis 1905 im ganzen nicht weniger als nahezu zwei Jahre das zweifelhafte Vergnügen — nach der Meinung des Herrn W. — zu denjenigen zu gehören, von denen der „größte Teil den tariflichen Bedingungen nicht genügt“, trotzdem mir allenthalben die besten Zeugnisse über meine Tätigkeit ausgefertigt wurden, und ich zu jener Zeit schon ständig 25 bis 30 Proz. über das Minimum verdiente. Mein, mein besser Wiederanders, die Sache ist auch hier wieder anders, als Sie es in Ihrer Objektivität darzustellen be-

henkt. Im Auftrage der Sänger wurde dem verdienten Dirigenten von dem Kollegen Kreuzberger ein silberner Zerkoch überreicht. Vom Gauvorsitzende wurde Kollege Bahl für seine Verdienste um die Förderung der Kollegialität gleichfalls durch ein Geschenk ausgezeichnet. Als dann die Sänger nach einem spontan ausgebrachten „Grüß Gott!“ wieder ihre Plätze eingenommen hatten, begannen die zahlreichen Gratulanten sich ihrer Aufträge zu entledigen. Für den Gauvorsitzende überreichte Kollege Krause den Schlüssel zu einem Silber- und Notenschrank. Kollege Wittenberg, der Vorsitzende des Ortsvereins Königsberg, teilte mit, daß dem Verein ein Dirigentenpult vom Ortsvereine gestiftet worden sei. Namens des Typographischen Fortbildungsvereins überreichte Kollege Krüger eine Vereinsglocke. Die Schilbengilde, in deren Räumen der Verein seit einer Reihe von Jahren sein Heim aufgeschlagen hat, ließ durch ihre Vertreter ein Silbergeschenk überreichen. Namens der Ortsvereine Tiffli, Memel, Allenstein, Osterode, Rastenburg-Lützen und Lyda übergab Kollege Schlag (Tiffli) dem Vereine vier silberne Wanderbecher, die am Schluß eines jeden Jahrs den besten Besuchern der Gesangsstunden in jeder Stimme zuerkannt werden sollten; desgleichen fügte er ein Erinnerungsblatt bei, das von sämtlichen Ortsvereinen der Provinz unterzeichnet war. Der Ortsverein Braunsberg ließ durch seinen Vorsitzenden C. Schrade eine Gutenbergsbüchse überreichen. Vom Buchdruckerangehörigen Danzig waren die Kollegen Nöbel und Hübler erschienen, die dem Bruderverein unter freundschaftlichen Worten ein Lied überreichten. Der Vertreter des Gesangsvereins „Gutenberg“ in Tiffli, Kollege Schumann, überreichte gleichfalls ein Lied. Namens der Pastoren der „Typographia“ sprach Kollege Antruh und teilte mit, daß dem Vereine seitens der Pastoren eine Summe von 836,50 Mk. zugeeignet wurde mit der Bestimmung,

daß von dieser Summe 700 Mk. für die Reisekasse, der Rest für den Bedarfsfonds überwiesen werde. Den Reigen der Gratulanten beschloß Kollege H. Behrend, der namens der Sparkassenvereine Königsbergs die herzlichsten Glückwünsche überbrachte.

Nach einem Dankesorte des Vorsitzenden an alle Gratulanten begann in allerdings ziemlich vorgerückter Stunde die Abwicklung des übrigen Programms, das schon in seiner äußeren Gewandung einen sehr vornehmen Eindruck machte. Der Entwurf dazu war in einem Preisanschreiben des Fortbildungsvereins erlangt. Er hatte den Kollegen Schellmann zum Verfasser. Die Festkarte, die zum Programme vollständig paßte, wurde von demselben Kollegen ausgefertigt. Es wechselten in bunter Reihenfolge humoristische Vorträge und Tänze miteinander ab, die von Mitgliedern des Königsberger Stadttheaters ausgeführt wurden. Ein gemeinschaftliches Lied, das den Kollegen Schiffer zum Verfasser hatte, fand lebhaften Anklang. Den Hauptschlag des Abends bildete aber wohl die Aufführung der Operette „Stoffs Burche“ von Fr. v. Suppé, die unter Mitwirkung namhafter Kräfte des Stadttheaters und anderer Künstler fast ausschließlich stoff vonstatten ging. Eine gleichfalls vom Kollegen Schellmann entworfene Postkarte ermöglichte es den Festteilnehmern, einen Gruß von diesem so gelungenen Herrentage zu senden. Erst in früher Morgenstunde fand dieser erste Abend seinen feucht-trüblichen Abschluß.

Waren auch die Strapazen für die Festteilnehmer am Abend vorher ziemlich groß, so konnte man sie doch am Abend des ersten Osterfesttags wieder vergnügt und guter Dinge im „Alten Schützenhause“ begrüßen, wo das Jubiläumsfest seine Fortsetzung in Form eines Familienabends fand. Ein vom Kollegen Schiffer verfaßter Prolog, dem

lich ein vorzüglich zusammengestelltes lebendes Bild angeschlossen, eröffnete den Reigen der Vorträge, die in derleiben Reihenfolge wie am Abend vorher ihren Fortgang nahmen. Der sich anschließende Ball wurde morgens durch eine wohlgelungene Kaffeefest unterbrochen.

Am zweiten Feiertage vormittags versammelten sich dann die Festteilnehmer zu einer Abschiedsfest, die sich bei Gesang und Vorträgen, unterbrochen durch manches herzliche Wort, bis zum Abend ausdehnte. Von den dürftigen Seelen, denen man keine Ermüdung ansah, wurde eine photographische Aufnahme für die „Königsberger Woche“ gemacht. Schließlich ging es an das Abschiedsnehmen. Und das war wirklich schwer. Aber einmal mußte es doch sein . . . Das Fest war zu Ende, auf das wir uns so lange gefreut!

Zum Schluß sagen wir allen unsern lieben Gästen, allen Mitwirkenden und Kollegen nochmaligen herzlichsten Dank für ihre Beteiligung. Auch allen denjenigen, die an der Feier nicht teilnehmen konnten, uns ihre Glückwünsche aber aus der Ferne sandten, sei unser Dank ausgesprochen; in besondern dem Kollegen Oberliser in Berlin, einem früheren Mitgliede unsres Vereins, für seinen schönen poetischen Festgruß. Können wir auch nicht alle namentlich aufzählen, so seien doch wenigstens die folgenden hervorzuheben. Es fanden folgende Korporationen Telegramme: Nordwestdeutscher Sängerbund („Gutenberg“ Hamburg), „Gutenberg“ Breslau, Gauvorsitzende Westpreußen und Ortsverein Danzig. Uns bleibt nun die Pflicht, im Sinne der uns dargebrachten Glückwünsche weiterzuarbeiten und dem Vereine die Treue zu bewahren, gleich jenen Männern, die als leuchtende Vorbilder mehr als ein Menschenalter für den Verein gewirkt haben und auch heute noch für denselben tätig sind. G. D.

lieben. In diesen sechs Jahren war ich auch „ein wenig“ in Berechnen tätig, bestand natürlich als tarifreuer Gehilfe stets auf richtige tarifliche Bezahlung und — war stets einer der ersten, die bei Arbeitsmangel ihre Strafe ziehen mußten! Erst seitdem ich in, na, sagen wir mal in „etwas besserer Stellung“ im gewissen Geld arbeite und deshalb nicht mehr so oft Ursache habe, tarifliche Schamühel auszuschleifen, gehöre ich zu denen, „die den tariflichen Bedingungen genügen“. Aus diesen eben angeführten und ähnlichen Gründen wird aber jedenfalls auch eine große Zahl Konditionsloser zu „denen gehören, die den tariflichen Bedingungen nicht genügen“, wovon aber Herr W. aus seiner Praxis als „Berechnender“ offenbar nichts weiß! Auch weiß Herr W. nichts von der modernen Produktionsweise, die unbedingt verlangt, daß, wie vor Jahren einmal in einer großen Leipziger Druckerei, etwa 15 Maschinenführer direkt vor Weihnacht plötzlich wegen Arbeitsmangel zu der oben genannten Spezies gehören.

Aber dies, wie wäre es wohl, wenn die Gehilfen einmal den Satz aufstellen würden: „Ferner ist es nicht nur erstrebenswert, sondern bei dem fortgesetzten restlosen Ausnutzen der Lehrlingskassa seitens der Prinzipale unbedingt notwendig, daß in Rücksicht darauf eine gewisse Reserve von gutbezahlten Stellungen offen ist?“ Oder: „Die heutige Konditionslosenzahl verlangt unbedingt, daß stets neue Stellungen geschaffen werden, damit die Konditionslosen immer eine angenehme Auswahl haben?“ Logischerweise wäre das nach Herrn Wiederanders von Seiten der Gehilfen höchst „objektiv“ — oder nicht?

Doch Herr W. hat in seiner Gehilfenzeit auch viel als „Berechnender“ gearbeitet und ist darum ganz besonders geeignet, das Verhältnis zwischen berechnenden und Gehilfenmonatsoyphenern objektiv und konsequent zu beurteilen. So kommt er denn in seiner Objektivität auch dazu, gegen eine „Säure“ des „jungen“ und darum noch „unvollkommenen“ Monotopetarifs aufzutreten, die geeignet ist, die „Arbeitsfreudigkeit des Gehilfenalters bis zu einem gewissen Grade lahmzulegen“. Um diese Arbeitsfreudigkeit zu erhalten bzw. zu erhöhen, empfiehlt er — die Minimalleistung von 6400 Buchstaben (man höre und staune!) zu erhöhen oder aber den 10000-Buchstabenpreis für die Berechner herabzusetzen!! Denn: „Auf Grund meiner Erfahrungen... sind entweder die Leistungen im gewissen Gelde zu niedrig oder der 10000-Buchstabenpreis von 1,16 Mk. zu hoch gegriffen!“ Dies also ist für ihn eine „tarifliche Sadgasse“, aus der er sich nur herausfinden weiß, wenn er die eine oder die andere Wand einschlägt. Herr W. hat aber auch „Gründe“ dazu!

Bei einem 10000-Buchstabenpreis von 1,16 Mk. haben nämlich in seinem Betriebe die Berechner etwa 10—11 Mk. pro Woche mehr verdient als die Gehilfenmonatsoyphener, und das ist es, was Herrn W. veranlaßt, eine verminderte Arbeitsfreudigkeit der Gehilfenalters zu befürchten. „Ein derartig großer Unterschied läßt sich im Verhältnis zwischen Berechnender und Gehilfenalters nicht nachweisen; diese Tatsache kennt ich aus meiner Gehilfenzeit, in der ich selbst als „Berechnender“ arbeitete“, sagt er, „was ihm für seine Person schließlich jeder glauben kann, wenn Herr W. beim Lesen schlechter Manuskripte dieselbe „Gedankenstärke“ entwickelt hat wie in dem oben Dargelegten. Wenn aber ein berechnender Monotopetarifer 10—11 Mk. mehr verdient als das Gehilfengeld der Monotopetarifer, so sind das etwa 25 Proz. mehr. Bei einem Minimum von 33 Mk. (wie in Leipzig) wäre das „im Verhältnis“ bei den Handsehern etwa 8 Mk. mehr, und daß das von einer gewissen Anzahl berechnender Handseher nie erreicht wird, glaubt wohl Herr W. selbst nicht.

Aber hat denn Herr W. noch nie etwas von Maximal- und Minimalleistung, von Maximal- und Minimallohn gehört? Wenn einem Maximalseher, der alle seine geistigen und physischen Kräfte zusammenrafft und sich Tag für Tag schmeißt, um für sich und seine Familie bei den heutigen Lebensverhältnissen etwas mehr herauszuholen und darüber vielleicht einige Jahre früher nach dem „Erholungsheim Siedfriedhof“ kommt (wie sich einmal ein Leipziger Kollege etwas euphemistisch ausdrückte), wenn einem solchen „Schnellhaken“ nicht mehr getraut sein soll, etwa 25 Proz. über Minimum zu verdienen, dann zum Teufel mit der ganzen Berechnerei und eventuell auch mit solchen „Gentilmenschen“ wie Herr W., wenn sie tarifliche „Säuren“ in solcher Weise beseligen wollen!

Nach Herrn W. darf aber auch der tüchtigste Seher bei angestrengtester Arbeit nur ganz wenig mehr verdienen als die Minimalseher, andernfalls würde das deren Arbeitsfreudigkeit herabmindern, und diese will Herr W. erhalten wissen — Gott, wie rührend und objektiv!

Sa, wenn so gearbeitet wird, dann ist es kein Wunder, wenn die fortgesetzten Klagen über „Rückgang der Leistungen“ und ähnliche nicht verstummen. Gerade aus den Ausführungen des Herrn W. ist wieder einmal zur Evidenz erwiesen, daß heute unablässig und systematisch darauf hingewirkt wird, für Minimalleistungen der Arbeitnehmer jederzeit Maximalleistungen der Arbeiter zu verlangen. Und so etwas will man obendrein unter dem Deckmantel der Objektivität an den Mann bringen! Wer dann diese Maximalleistungen nicht vollbringt, der gehört — frei nach Wiederanders — „zu denjenigen, die den tariflichen Bedingungen nicht genügen“. Wirklich eine sehr einleuchtende Methode! Einem solchen Unterfangen muß ganz energisch entgegengetreten werden.

Aber: Hoffnung läßt nicht zufanden werden, und Herr W. „hoffte“ ja, sich größter Objektivität befleißigt zu haben. Hoffen also auch wir, daß sich Herr W. einmal prüfen wird, ob er denn wirklich die richtige Objektivität an den Tag gelegt hat. Hoffentlich aber kommt er bei Nachprüfung seiner Schreiberei zu demselben Schlusse wie ich. Denn objektiv sein ist denn doch ganz anders, Herr Wiederanders!

□ □ □ □ □ Gau Nordwest □ □ □ □ □

An den Osterferien fand im Lokale des Bildungsvereins „Reising“ in Bremen der ordentliche Gauaufg. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Gesangsverein „Gutenberg“ den ihm am nächsten Chor „Der junge Varde“ stimmungsvoll zu Gehör. Sodann hieß Gauvorsitzer Dijkstra die Delegierten sowie die als Zuhörer erschienenen Kollegen herzlich willkommen. Namens des Bremer Bezirksvereins begrüßte Kollege Schweinesbein die auswärtigen Delegierten und wünschte den Verhandlungen einen guten Verlauf. Die Verlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 52 Delegierten aus fünf Bezirken, welche insgesamt 1260 Mitglieder vertraten. Alsdann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Entgegennahme der gedruckten Jahresberichte des Gauvorstandes und der einzelnen Bezirke und 2. Genehmigung der Jahresrechnungen. Der Vorsitzende gedachte zunächst der während der Geschäftsjahre verstorbenen Gaumitglieder und des erst kürzlich verstorbenen langjährigen Tarif- und Verbandsfunktionärs Kollegen Klapproth (Hannover), zu deren Ehre sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Redner gab dann zum Geschäftsbericht noch einige Erläuterungen und wies besonders auf die umfangreiche Statistik hin, die sich über die Entlohnung, die sanitären Verhältnisse in den Druckereien, die Anzahl der Druck- und Sehmachinen usw. erstreckt, und empfahl dieselbe jedem Kollegen zu eifrigem Studium. Was das Organisationsverhältnis anbelangt, so stehe der Bezirk Bremen an erster Stelle; es sind 91,38 Proz. aller Gehilfen organisiert; im Bezirk Oldenburg sind es 86,58 Proz., im Bezirk Weser-Elbe 89,02 Proz., im Bezirk Ostfriesland 68,24 Proz. und im Bezirk Aller-Weser 77,78 Proz. Die Firma Bremer & Kühler in Geestmünde wurde wegen Schmuckh Konkurrenz aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen. Weil dort zurzeit keine Mitglieder beschäftigt wurden, haben wir damit nichts verloren. Jedoch werden dort zwei Gehilfen beschäftigt, deren Organisationszugehörigkeit sich noch nicht feststellen ließ. Weiter wurde berichtet, daß die Einführung des Tarifs im Gau glatt vonstatten gegangen sei. Zu bemängeln wäre der Verfallungsbesuch seitens der Kollegen nach Abschluß des Tarifs. Derselbe müßte unbedingt eine Besserung erfahren.

Darauf gab der Gauverwalter Könnau einige Erläuterungen zu den Kassenberichten. Daraus ging hervor, daß die Gaukasse im Jahre 1911 233,39 Mk. verloren habe, was hauptsächlich durch die besonderen Ausgaben, welche sich durch die Einrichtung des Bureaus usw. notwendig machten, gekommen sei. Im Jahre 1912 wurden dagegen 1898,94 Mk. gewonnen, trotz der erheblich stärkeren Inanspruchnahme der Gaukasse durch den Arbeitslosenauflauf. Das Vermögen des Gaus betrug 23095,86 Mk. oder pro Kopf der Mitglieder 48,93 Mk. Zur Statistik übergehend, führte Redner aus, daß in Zukunft auf die wichtige Ausfüllung der Fragebogen seitens der Kollegen mehr Gewicht gelegt werden müsse.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht wurden von den Kollegen Kromminga (Leer), Fröhlich (Norden), Wübbenhorst (Munich) und Berger (Bremen) die ungünstigen Lebensbedingungen auf den Badeinseln geschildert. Das große Angebot von Arbeitskräften lege die Vermutung nahe, daß die Kollegen im Inlande mit den tatsächlichen Verhältnissen auf den Badeinseln nicht vertraut seien. Die Kollegen Kofh (Oldenburg) und Gros (Welfring) führten unter anderem Klage über schlechte Bezahlung der Spartenkollegen an den allgemeinen Versammlungen, dem die Kollegen Damm (Oldenburg), Winkler (Bremerhaven) und Enderl (Bremen) entgegentraten. Vom Kollegen Winkler (Bremerhaven) wurde noch auf den immer größeren Umfang annehmenden Maternaaustausch in den Unterweierorten hingewiesen, wodurch die ohnehin schon große Arbeitslosigkeit noch eine weitere Steigerung erfahre. An der weiteren Diskussion über den Geschäftsbericht beteiligten sich noch die Kollegen Schweinesbein (Bremen), Feiß (Verden) und Grofe (Bremen), worauf dem Vorstande sowie dem Verwalter einstimmig Entlastung erteilt wurde.

3. Beschlußfassung über eingegangene Rekurse und Beschwerden. Monita wurden hierbei nicht erhoben.

4. Stellungnahme zur Generalversammlung des Verbandes. Dieser Tagesordnungspunkt wurde in zwei Teile zerlegt, und zwar in: a) Die allgemeine tarifliche Lage und Anträge zum Statute, b) Das Unterstützungswesen.

Punkt a) bildete den Hauptberatungsgegenstand des Gaus. Es wurde in ungefähr dreißigfacher, großzügiger Diskussion, an der sich neben einigen Gauvorstandsmitgliedern Delegierte aus fast allen Bezirken beteiligten, die gegenwärtige organisatorische und tarifliche Lage in Verbindung mit dem durch die technische Entwicklung bedingten heutigen Stand des Gewerbes einer eingehenden und objektiven Besprechung unterzogen. Es bestand bei allen Rednern Einigkeit darüber, daß von der Danziger Generalversammlung Mittel und Wege gesucht werden müßten, um den veränderten Verhältnissen nach Möglichkeit zu begegnen.

Auch die Aussprache über das Unterstützungswesen war eine recht rege. Wenn auch zum Ausdruck kam, daß eine Revision der einzelnen Unterstützungsätze zu erstreben und der Zahl der geleisteten Beiträge besser anzupassen sei, so müsse andererseits einer Angleichung neuer Unterstützungsätze entschieden entgegengetreten werden, um eine Beeinträchtigung des gewerkschaftlichen Charakters des Verbandes zu verhüten. Die Änderungsanträge des Verbandes und der Gauvorsitzerkonferenz fanden nicht in allen Punkten Zustimmung. Es sei insbesondere eine

Erhöhung der Unterstützung nach § 2 sowie eine klarere Fassung der Bestimmungen über die Umzugsentschädigung erwünscht, damit jedes Mitglied die zu erhaltende Umzugsbeihilfe selbst feststellen könne.

5. Aufstellung von Kandidaten für die Generalversammlung des Verbandes. Es wurden die Kollegen Hartmann (Geestmünde), Kromminga (Leer), Nüßhorn (Bremen), Dijkstra (Bremen), Kofh (Oldenburg) und Schweinesbein (Bremen) als Kandidaten aufgestellt, wovon drei Kollegen zu wählen sind.

6 und 7. Die Generalversammlung der Zentralinvalidenkasse betreffend, wurden von der Tagesordnung abgelehnt.

8. Abänderung der Gausatzungen. Angenommen wurde ein Antrag des Bezirks Aller-Weser, wonach arbeitslosen Mitgliedern, welche aufgefordert werden, sich am Arbeitsnachweisvort aufzuhalten, das Fahrgeld der niedrigsten Wagenklasse zu entschädigen sei. Ein weiterer Antrag des Bezirks Aller-Weser, der Gausatz wolle eine Summe festsetzen, welche jährlich den Sparvereinen aus der Gaukasse überwiesen wird zum Zwecke der technischen Weiterbildung ihrer Mitglieder, wurde durch Antrag auf Übergang zur Tagesordnung erledigt. Ferner gelangte ein Antrag des Gauvorstandes zur Annahme, wonach die Gausammlungen in der Regel in den Jahren stattfinden sollen, in welchen die ordentlichen Generalversammlungen des Verbandes tagen.

9. Stellungnahme zum Versammlungsleben und zur Referentenliste. In eingehender Weise beschäftigte sich die Gauversammlung mit der Frage, auf welche Weise das Interesse der Mitglieder an der Organisation und am Versammlungsleben zu heben sei. Die hierzu gegebenen Anregungen, wie Ausbau der Referentenliste, Ausgestaltung der Versammlungen durch gute Referate usw., werden hoffentlich von Erfolg sein. Auch die Spartenvorstände sollen in ihren Kreisen dahin wirken, daß die Verbandsversammlungen besser besucht werden.

10. Festsetzung der Gaussteuer und der Remuneration für die Verwaltung sowie Bestimmung der Höhe des Pauschquantums, welches dem Gauvorstande zum Zweck außerordentlicher Unterstützungen für die nächsten drei Jahre zur Verfügung gestellt wird. Der Beitrag sowie das Pauschquantum wurden in bisheriger Höhe belassen, während die Remuneration des Vorstandes eine Abänderung erfuhr, indem die Entschädigung für den zweiten Gauvorsitzenden von 30 auf 60 Mk. erhöht wurde.

11. Wahl des Gauverwalters und Festsetzung des Gehalts für denselben. Als Verwalter wurde Kollege Könnau einstimmig wiedergewählt. Das Gehalt von 2200 Mk. wurde vom 1. Juli 1914 ab um 100 Mk. erhöht. Der Gauvorstand wurde beauftragt, dem nächsten Gausatz eine Gehaltskala vorzulegen, damit sich nicht jeder Gausatz mit der Regulierung des Gehalts zu befassen habe.

12. Festsetzung der den Bezirken für die Verwaltung zu gewährenden Prozente. Die bisher den Bezirken gewährten 3 Proz. wurden beibehalten.

13. Festsetzung der Entschädigung an die Delegierten zur Gauversammlung und zu Konferenzen. In Ditten wurden für auswärtige Delegierte 11 Mk., für Ortsanwesende 8 Mk. festgesetzt.

14. Tarifschiedsgericht und paritätischer Arbeitsnachweis. Hierbei gab Kollege Könnau zu den im Gauerichte gemachten Angaben noch einige Erläuterungen. So fanden im Berichtsjahre 10 Sitzungen des Schiedsgerichts statt, in welchen 19 Klagen verhandelt wurden, von denen 16 von Gehilfen- und 3 von Prinzipalseite anhängig gemacht wurden. Von den Gehilfenklagen wurden 8 gewonnen, 5 abgelehnt, während bei 3 Klagen eine Berufung möglich war. Von den Prinzipalsklagen wurden 2 gewonnen und eine hatte einen teilweisen Erfolg. Bedauerlich sei die hohe Zahl der verlorenen Gehilfenklagen. Man könne daran sehen, daß die Kollegen sich vorher besser informieren und erst beraten lassen sollten, ob auf dem Boden des tariflichen Rechts ein voller Erfolg möglich sei. Die Remuneration der Schiedsgerichtsmitglieder wurde in alter Höhe belassen. Über den paritätischen Arbeitsnachweis ist zu berichten, daß dieser seit dem 1. Januar 1913 geschäftsfähig verwaltert wird.

15. Wahl des Gauvororts. Als Gauvorort wurde Bremen bestimmt.

16. Wahl des Orts für den nächsten Gausatz. Auch hierzu wurde Bremen wiedergewählt.

17. Erledigung weiterer Anträge. Hierzu lagen zwei Anträge des Bezirks Ostfriesland vor. Der erste betraf die den Gauvorstand, beim Verbandsvorstande dahin zu wirken, eine bessere Bezahlung der Gewerkschaftsurke in die Wege zu leiten. Der zweite Antrag bezweckte die Herausgabe einer allgemein gehaltenen Broschüre, welche eine Mahnung an die Eltern, Lehrer und Vormünder der schulpflichtigen Jugend sein soll, nicht blindlings unsern Beruf zu ergreifen. Da auch derartige Anträge zur Generalversammlung des Verbandes vorliegen, wurde den Delegierten ihre Stellungnahme zu diesen Punkten überlassen. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Begrüßungsschreiben gingen ein vom Kollegen Wangelst (Berlin) sowie vom Gausatz in Kassel durch den Kollegen S. Bachhaus (Frankfurt a. M.).

Kollege Kromminga (Leer) dankte im Namen der auswärtigen Delegierten für die gute Aufnahme, welche sie in Bremen gefunden haben.

Nach einem kurzen Schlußworte des Gauvorsitzers Dijkstra wurde der Gausatz mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker und den Nordwestgau am zweiten Osterfesttag um 2 1/2 Uhr nachmittags geschlossen.

Am ersten Osterfesttag fand zu Ehren der auswärtigen Delegierten im „Kollosum“ ein Unterhaltungsabend statt, welcher einen großartigen Verlauf nahm. Die Ver-

gnungskommission hatte keine Mühe und Kosten gespart, den Kollegen etwas Gutes zu bieten. Den Haupterfolg des Abens errang der unter der Leitung seines bewährten Dirigenten Herrn Pefermann stehende Gesangsverein „Gutenberg“ und der als Humorist und Charakterdarsteller auftretende Kollege S. Kamalade (Stamburg). Es war zu sehen, mit welcher Hingabe ihres besten Könnens diese die Zuhörer erheiterten. Allen Mitwirkenden sei an dieser Stelle noch einmal der Dank für ihre große Mühe, die sie sich zwecks Unterhaltung der Allgemeinheit auferlegt hatten, ausgesprochen.

A. B.

Gewerkschaftsrevue

Die nunmehr als beendet anzusehende Tarifbewegung im Holzgewerbe hat der Arbeiterchaft dieser Industrie eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gebracht. Die Verträge sind besser ausgebaut, die Rechte der Arbeiter erweitert, das vertragliche Schiedswesen ist reformiert und zivilrechtliche Klagen gelten als ausgeschlossen. Wichtigere noch sind die erzielten Erfolge materieller Natur, die sich verkörpern in einer ansehnlichen Erhöhung der Stundenlöhne und in einer Arbeitszeitverkürzung an verschiedenen Orten. Vergleicht man die Ergebnisse der jüngsten Tarifbewegung mit denen der früheren Bewegungen, so ist zu konstatieren, daß die erzielten Erfolge hinter denen von früher nicht zurückstehen. Nur mußten sie heuer unter viel schwierigeren Verhältnissen erstritten werden, und das erhöht naturgemäß ihren Wert noch mehr. Der organisatorische Geschlossenheit der Holzarbeiter und den umfassenden und sorgfälligen Vorbereitungen auf den drohenden Kampf, mit dem diesmal mehr wie in früheren Jahren gerechnet werden mußte, ist der erlangte Sieg in erster Linie zu danken. Noch niemals war die Zahl der vom gleichzeitigen Ablauf ihrer Tarifverträge betroffenen Arbeiter verwandter Gewerbe so groß wie in diesem Jahre. Dieses Faktum ließ den Unternehmern den Kampf schwerlich, und die Möglichkeit lag von vornherein sehr nahe, daß eine kriegerische Lösung des Konflikts sich nicht bloß auf die Holzindustrie beschränken würde. Mit einer solchen Eventualität rechneten auch die Unternehmer in den betreffenden Gewerben und sie versuchten ihr durch plannmäßiges Zusammenwirken gegen die Arbeiter Rechnung zu fragen. Dabei kam ihnen die ungünstige Gestaltung der allgemeinen Wirtschaftslage besonders zufluten.

In einem Artikel über die Lehren aus der Tarifbewegung, bei der natürlich auch auf Arbeiterseite Zugeständnisse gemacht werden mußten, weist die „Holzarbeiterzeitung“ noch auf ein anderes Moment hin, das der Vorstand des Arbeitgeberverbandes bei der letzten Bewegung berücksichtigen mußte. Sein Renommee begann zu schwinden. Immer und immer wieder war den Mitgliedern versprochen worden, daß den fortwährenden Forderungen der Holzarbeiter mit einem kräftigen Schlag Einhalt getan würde, statt dessen wurden aber den Arbeitern bei jeder Tarifbewegung neue Zugeständnisse gemacht. Unter den Mitgliedern des Schutzverbandes sind namentlich die Vertreter der schärferen Richtung von einer unabhängigen Kampfeslust erfüllt. Ihnen erscheint eine Demütigung und die Niederhaltung der Ansprüche der Arbeiter so wichtig, daß sie darüber die Lebensnotwendigkeiten des Gewerbes vergessen. Solche Elemente, die den Kampf um des Kampfes willen führen, gibt es freilich nicht nur im Holzgewerbe. Auch anderwärts kommen unter dem Eindrucke von Reden und Artikeln gewisser Kampfhähne gegen die Arbeiterchaft Beschlüsse zustande, die bei ruhiger Erwägung jedenfalls unterbleiben würden. Sener kriegerischen Stimmung in der Organisation verfuhrte der Arbeitgeberverband im Holzgewerbe von Anfang an Rechnung zu fragen, indem er durch die im Herbst erfolgte einseitige Kündigung aller Tarifverträge die Arbeiter vor vollendete Tatsachen stellte.

Die Leitung des Holzarbeiterverbandes zeigte sich aber der Situation durchaus gewachsen und traf entsprechende Maßnahmen. Von einer Forcierung der finanziellen Rüstung konnte abgesehen werden; es wurde das Hauptgewicht vielmehr auf eine umfassende mündliche und schriftliche Agitation gelegt, um die Aufmerksamkeit der Mitglieder auf die Tarifbewegung zu konzentrieren. Das gelang in vollem Maße. Das provokatorische Vorgehen des Arbeitgeberverbandes und sein unnothiger Widerstand gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter trugen nicht wenig dazu bei, deren Kampfbereitschaft zu erhöhen. Obwohl der Holzarbeiterverband so wenig wie andre große Gewerkschaften die Führung von Streiks als seinen eigentlichen Zweck betrachtet, so konnte doch keine Rede davon sein, die Bedingungen für die Erneuerung der Verträge unter dem Gesichtspunkte zu formulieren, daß ein Kampf unter allen Umständen vermieden werden müsse. Der Schlagfertigkeit des Verbandes wird der günstige Ausgang der Tarifrevision in der Hauptsache zugeschrieben, und es ist deshalb nur logisch, wenn das Verbandsorgan der Holzarbeiter gerade jetzt den weiteren Ausbau der Organisation als besonders notwendig bezeichnet, um ferneren Kämpfen gewachsen zu sein. Daß diese an Schärfe noch zunehmen werden, steht nach dem inzwischen erfolgten Zusammenschlusse der deutschen Arbeitgeberverbände bestimmt zu erwarten. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zentralen scheint auf den für die Arbeiter günstigen Verlauf der Tarifbewegung im Holzgewerbe mit zurückzuführen zu sein. Die „Arbeitgeberzeitung“ hatte ja ihr Möglichstes getan, um die Unternehmer des Holzgewerbes gegen den Schiedspruch des Unparteiischen scharf zu machen. Wenn die Redaktion des Blattes seinerzeit erklärte, sich einer Kritik

enthaltend zu wollen, um den Ereignissen nicht vorzugreifen, so machten gefällige Mitarbeiter aus dem Baugewerbe ihrem gequälten Herzen über die Nachgiebigkeit der Arbeitgeber im Holzgewerbe um so gründlicher Luft. Obwohl diese Hezereien auch von vorübergehender Wirkung auf die Holzindustriellen waren, so erschien es ihnen schließlich doch zu gewagt, das Holzgewerbe lediglich den Scharfmachern im Baugewerbe zuliebe schweren Erschütterungen auszuliefern. Solchen sentimentaln Umwandlungen soll nun durch die zur Tatsache gewordene Verschmelzung der Arbeitgeberverbände zentralen vorgebeugt werden. Für die Arbeiter dürfte das ein deutlicher Fingerzeig sein, mit der Kritik des unter schwierigen Umständen Erzielten nicht wertvolle Zeit zu verfrachten, sondern es kurz entschlossen als Etappe zu weiterem Vorwärtsschreiten anzuerkennen.

Um die Erhaltung des Friedens im Holzgewerbe hat sich der 70jährige Freiherr v. Berlepsch, der überzeugungsstrenge Sozialreformer, zweifellos ein großes Verdienst erworben. Mit ganzer Hingabe hat er sich seiner Aufgabe als Schiedsrichter gewidmet, und unter tatkräftiger Mitwirkung der beiderseitigen Verbandsleiter ist es ihm gelungen, einen für die Parteien gangbaren Weg zu bahnen. Wenn schon Freiherr v. Berlepsch mehr für die christlichen Gewerkschaften inkliniert als für die freien, ist man auf freigeberischer Seite doch vorurteilsfrei genug, seine Verdienste in diesem Fall offen und ehrlich anzuerkennen. Und das um so lieber, als die deutsche Arbeiterchaft nur sehr selten Anlaß hat, aktiven oder inaktiven Staatsmännern Anerkennung zu zollen für die Förderung berechtigter Arbeiterinteressen.

Es ist fürwahr betrieblid für den Gewerkschaftschonken, zu demselben Zeitpunkt, wo der Zusammenschluß der Unternehmer zu einer gegen die Arbeiterorganisation gerichteten einheitlichen Kampforganisation bekannt wird, ein geradezu widerliches Schauspiel von Arbeiterpflichterung und noch schlimmerem registrieren zu müssen, wie es gegenwärtig von christlichen Akteuren in der Textilindustrie am Niederrhein ausgeführt wird. Wir wollen den Hergang kurz skizzieren. Anfang Dezember vorigen Jahres lief der drei Jahre in Geltung gewesene Tarifvertrag der Färbereiarbeiter ab. Die Tariferneuerung sollte nur erfolgen, wenn die Löhne eine befriedigende Aufbesserung und die Arbeitszeit eine Verkürzung erfahren würden. Alle damals im Interesse der Färbereiarbeiter unternommenen Schritte wurden in Abereinstimmung mit dem christlichen Verband unternommen. Da die Unternehmer keine befriedigenden Zugeständnisse machten, kam kein neuer Tarifvertrag zustande, und die Arbeiter beschloßen, wiederum im Einverständnis mit den Christlichen, bei günstigerer Konjunktur erneut vorstellig zu werden. Die Periode besseren Geschäftsganges traf Ende Januar ein, weshalb die gemeinsamen Forderungen der freigeberischen und christlichen organisierten Arbeiter den Unternehmern eingereicht wurden. In den Forderungen, Färbereiarbeiter, werden insgesamt 2600 gelernte Arbeiter beschäftigt. Dem Lohn verdienen die selbständigen Couleurfärber 20—28 Mk., aus-gelernte Färbereigenen 18,50—24 Mk., Arbeiterinnen 5—15 Mk. und Gehrlinge 6—13 Mk. pro Woche. Mit diesen Löhnen konnten Arbeiter und Arbeiterinnen bei den fortgeleht gestiegenen Lebensmittelpreisen nicht mehr auskommen. Die minimalen Angebote der Unternehmer lehnten die Arbeiter ab, zumal das Bestreben auf Unternehmenseite zu erkennen war, den Ablauftermin des angebotenen Tarifs in die Zeit der schlechtesten Konjunktur der Textilindustrie zu verlegen, um die Ansprüche der Arbeiter möglichst nieder zu halten. Die Antwort hierauf war die Ausperrung, von der zunächst 10000 Textilarbeiter am Niederrhein betroffen wurden. Obwohl der christliche Verband angesichts der ausgesprochenen Drohung der Unternehmer mit der Ausperrung in einer Resolution zum Ausdruck brachte, daß er die gemeinsamen Forderungen der Arbeiter vor der drohenden Ausperrung nicht preisgeben werde, sondern sie auch dann vertreten wolle, wenn die Unternehmer wirklich zu dem angekündigten frivolen Mittel greifen und Tausende gänzlich unbefähigter Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos machen werden, fiel den Christen im entscheidenden Momente das Herz doch in die Sohle. Wenige Tage nach der erfolgten Ausperrung trafen die Christlichen durch Vermittlung des Oberbürgermeisters auf eigne Faust eine tarifliche Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband, um die Freiorganisierten indirekt zur Aufgabe ihres Widerstandes zu veranlassen oder sie im andern Fall ins Unrecht zu setzen. Dieser erste Streich blieb jedoch wirkungslos auf die Fortdauer der Ausperrung, denn die Wiederaufnahme der Arbeit allein durch die Christlichen war schon aus technischen Gründen nicht möglich. Die Freiorganisierten aber lehnten die Zustimmung zu der Vereinbarung zwischen dem Zentralverbande christlicher Textilarbeiter und dem Arbeitgeberverband rundweg ab. Es dauerte denn auch gar nicht lange, bis die christlichen Helden herausgefunden hatten, daß die Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes in „unverantwortlicher“ und „frivoler“ Weise „unerfüllbare Forderungen“ aufgestellt hatten, um durch den Lohnkampf die „politischen Geschäfte der Sozialdemokratie“ zu besorgen. Das wagten in einem Flug-blatte dieselben Personen wider besseres Wissen zu schreiben, die selbst hervorragend an dem Beginne des Kampfes beteiligt waren! Zwischen dieser schabigen Handlungsweise der Christlichen bis zum organisierten Streikbrüche lag nur ein kleiner Schritt. In einem Schreiben an den Kreisler Oberbürgermeister vom 1. April erklärten sie ihre Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Arbeit unter folgenden Bedingungen: 1. falls sich das Gericht befähigen sollte, demzufolge die Färbereibesitzer sich nur noch eine kurze Frist an die streikenden Arbeitern gemachten Zugeständnisse gebunden erachteten; 2. falls die Ausperrung allgemein aufgehoben wird, d. h. sämtliche Betriebe für alle Arbeiter, die arbeiten wollen, geöffnet werden.

Das war weiter nichts als bestellte Arbeit, und die Auftraggeber reagierten darauf auch sehr prompt. Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie faßte nämlich am gleichen Tage folgenden Beschluß:

Auf vielfachen Wunsch aus Arbeiterkreisen und auf Anregung der königlichen Staatsregierung beschließt die Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie, daß die am 17. März eingefretene Sperre zurückgezogen und daß der Betrieb in sämtlichen Verbandsfirmen am Donnerstag, dem 3. April, vormittags 7 Uhr, wieder aufgenommen wird, soweit Arbeit vorhanden ist. In den Färbereien werden diejenigen Arbeiter, die sich bis zum Mittwoch, dem 9. April, einschließlich, zur Arbeit gemeldet haben, zu den neuen Bedingungen unter Anerkennung des Tarifs eingefstellt, soweit Arbeit vorhanden ist. Bezüglich der Wiedereinstellung und Bezahlung derjenigen Arbeiter, die bis dahin nicht eingefreten sind, behält sich der Färbereiverband alles Weitere vor. Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie unterstützt ab Donnerstag, den 3. April, bis auf weiteres die Arbeitgeber der Färbereien für jeden fehlenden Arbeiter mit 3 Mk. pro Tag und Kopf solange, bis zwei Drittel der Beschäftigten der einzelnen Betriebe in Stärke vor dem Streik die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Die Empörung über die Handlungsweise der Christlichen, die sich der Komödie im Saarreviere „würdig“ anreih, ist im Streikgebiet und weit darüber hinaus eine allgemeine. Satten die freigeberischen Arbeiter früher bereits die Wiederaufnahme der Arbeit zu den den Christlichen bei ihrem Umfalle kurz nach der Ausperrung zugestandenen Bedingungen der Unternehmer in geheimer Abstimmung mit 1755 gegen 7 Stimmen abgelehnt, so wurde jetzt auch die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Vereinbarung ebenso einmütig zurückgewiesen. Der Textilarbeiterverband wird den ihm aufgedrängten Kampf durchsetzen. Die Sache der kämpfenden Färber ist als außerordentlich günstig zu bezeichnen. Der Verrat der christlichen Führer blieb wirkungslos. Es haben sich nur 30 christliche Färber bereitgefunden, Streikbruch auf Kommando zu verrichten. Alle übrigen kämpfen ihren rüchgründigen Beratern zum Trost unentwegt weiter. Ein Teil von ihnen ist zum Deutschen Textilarbeiterverband übergetreten. Auch aus Weberkreisen sind gegen 180 Übertritte zu verzeichnen. Die Führer des christlichen Verbandes machen verweilte Anstrengungen, um ihren Mitgliedern gegenüber ihr elendes Verhalten zu vertuschen. Das wird ihnen aber ebensowenig gelingen wie seiner Zeit im Saarreviere, denn das Gefühl und Denken der christlichen Arbeiter ist auf das gleiche Ziel gerichtet, das ihre Berufsgenossen in andern Lager verfolgen: eine auskömmliche wirtschaftliche Existenz, eine soziale Besserstellung und größere persönliche Freiheit. Ob christlich oder freigeberisch, der Fugger ist schließlich hier ebenso weit wie dort, und jeder ist dazu gezwungen, seine Arbeitskraft so vorteilhaft wie nur möglich zu verdingen.

Mehr und mehr wird der Streikbruch bei den Christlichen zum Prinzip, darum ist es begreiflich, wenn andre Arbeiter bei Annäherungsversuchen der christlichen Herrschaften sehr vorsichtig sind. Als letztere vor kurzem das Wurmgebiet zum Operationsfeld ihrer hinfänglich verdächtigen Strategie auserwählten, beschloß eine Konferenz der christlichen Vertrauensleute grobnützig, die Bewegung mit dem freien Bergarbeiterverbände gemeinsam zu führen unter bestimmten Bedingungen. Eine Konferenz der Vertrauensleute des allen Verbandes, die sich mit der christlichen Einladung zur gemeinsamen Bewegung im Saarreviere zu befaßen hatte, bezweifelte, daß die Christlichen überhaupt eine ernsthafte Lohnbewegung beabsichtigten; eine Komödie könne und werde aber der Verband nicht mitmachen. In einer Resolution wurde den Christlichen zunächst ihre schwächliche Haltung im Saarreviere in Erinnerung gebracht. Im vorigen Frühjahr sei die Zeit zur erfolgreichen Durchführung einer Lohnbewegung außerordentlich günstig gewesen, da zu dieser Zeit sowohl in England und Belgien wie auch in fast allen deutschen Bergrevieren die Bergarbeiter unzweifelhaft willens gewesen seien, ihre recht gedrückte Lage eventuell durch einen Lohnkampf aufzubessern. Damals hätten die Wurmbergleute zur Verbesserung ihrer fraurigen Existenzverhältnisse nicht höher zu kämpfen brauchen. Weiter heißt es dann in der Resolution u. a.: „Trotz des einseitigen Vorgehens der Bezirksleitung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter berührt die Konferenz die Bereitwilligkeit aus, sich an einer Lohnbewegung zu beteiligen. Allerdings unter der Voraussetzung, daß eine solche von der Bezirksleitung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter ernstlich beabsichtigt und nicht nur auf eine Täuschung der Kameraden berechnet ist. Das Verhalten der Gewerkevereinsleitung bei den letzten Lohnbewegungen und Kämpfen der Bergarbeiter gebietet den Verbandsvertretern jedoch, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, bis die Gewerkevereinsleitung ihren ernsten Willen, die Bergarbeiterinteressen eventuell bis zur äußersten Konsequenz zu vertreten, zweifellos darzulegen hat.“ Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig; man trauf eben der Leitung der christlichen Gewerkevereinsleitung nicht über den Weg, wenn sie vorgibt, die vitalsten Interessen der Bergarbeiter vertreten zu wollen. Man darf gespannt darauf sein, ob die Christlichen das auf ihnen lastende Odium des Arbeiterverrats durch eine ernsthafte Durchführung der geplanten Lohnbewegung vermindern werden. Uns fehlt vorläufig der Glaube daran nach den schlechten Erfahrungen, die alle Berufe gleichermäßen mit jenen Gewerkschaften machen mußten, die ihr Christentum wohl im Munde führen, aber der praktischen Befähigung im Sinne wahren Christentums weit aus dem Wege gehen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

-k. Augsburg. Inre Versammlung vom 29. März hatte zunächst einen Akt der Pietät zu erfüllen. Zwei unserer Mitglieder, die Kollegen Eber Stöckle und Johannes Niedermair, wurden uns innerhalb kurzer Zeit durch den Tod entzissen. Ihr Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. Sodann erstatteten die Kollegen Kahle, Schmid und Maier den Gautagsbericht. Die Versammlung erklärte sich im groben und ganzen mit dem Beschlüssen einverstanden. Zur Beratung der Generalversammlungsanträge hielt unser Vorsitzender Maier ein vorbereitendes Referat über die tariflichen und organisatorischen Anträge sowie zu den Abänderungsanträgen zu dem Statute, diese dabei einer eingehenden Würdigung unterliegend. Die Versammlung erklärte im allgemeinen ihr Einverständnis mit dem Referenten, beschloß aber sodann der vorgeschriebenen Zeit halber, die auf die Unterfertigungszweige bezüglichen Anträge des Verbandsvorstandes und der Gauvorsitzenden sowie die Anträge der Mitgliedschaften auf eine am 19. April stattfindende Mitgliederversammlung zu verlagern. Am 14. April bereits die Kandidaten zur Generalversammlung in Danzig benannt sein müssen, beschloß die Versammlung einstimmig, den Vertrauensmann der Mitgliedschaft, Georg Maier, in Vorschlag zu bringen. Bezüglich des Johannistages, das in den letzten Jahren stets auswärts abgehalten wurde, beschloß man, das Fest heuer am Orte zu veranstalten. In einer kleinen Druckerei ereignete sich dieser Tage ein Unfall, bei dem ein Seherlehrer in das Schwungrad einer Maschine geriet und einen doppelten Beinbruch erlitt. Dieses Vorkommnis gab Veranlassung, sich mit den Verhältnissen der Druckerei näher zu befassen, und es wurde festgestellt, daß dort selten ein Gehilfe, jedoch ständig zwei Lehrlinge beschäftigt werden. Es wurde beschlossen, die geeigneten Schritte zu unternehmen, um diese Zustände zu beseitigen und derartige Unfälle in Zukunft zu verhüten.

Saßersbach. (Vierteljahrsbericht.) Die erste in diesem Jahr abgehaltene Monatsversammlung fand am 25. Januar bei sehr mäßiger Beteiligung statt, anwesend waren 34 Kollegen bei einem Mitgliederstande von etwa 90 Kollegen. Nach der Abwicklung des geschäftlichen Teils folgte der Kartellbericht. Die Bestellung der Jahresberichte des Gewerkschaftskartells, in welchem gute Winke für jeden Gewerkschafter enthalten sind, wurde wieder beschlossen. Die Kosten hierfür trägt die Ortskasse. Anschließend folgte die Stellungnahme zur Generalversammlung des Verbandes, zu der unser Ortsverein verschiedene Anträge stellte. Über die Tätigkeit des hiesigen Tariffchiedsgerichts gab Kollege Bahm als Vorsitzender einen kurzen Jahresbericht. Im Berichtsjahre lagen neun Klagen vor, die zum Teil für die Kollegen vom Erfolg waren. Den Beisitzern wurde für ihre Mithewaltung der Dank der Versammlung zum Ausdruck gebracht. Es folgten noch einige Wahlen, welche schnelle Erledigung fanden. Unter „Tariflichem und Organisatorischem“ teilte der Vorsitzende noch mit, daß die Bezirksversammlung am 13. April in Wernigerode stattfindet. Auf die Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik zu Leipzig wurde hingewiesen. Die Errichtung einer besonderen Sparkasse wurde vorläufig zurückgestellt, da voraussichtlich die Ortskasse einen Zuschuß geben wird. — Erhöht als Zugmittel der Punkt „Johannistag“ auf der Tagesordnung glänzte, hielten es am 1. März nur 37 Kollegen für nötig, über das Wohl des Ortsvereins zu beraten. Nach Abwicklung des geschäftlichen Teils folgte anschließend die Stellungnahme zur Bezirksversammlung. Die Tagesordnung kam zur Verlesung. Als Kandidaten zum Gautage wurden zwei Kollegen einstimmig vorgeschlagen. Das meiste Interesse bezogen die Kollegen beim Punkte „Johannistag“. Nicht weniger als vier Vorschläge lagen vor. Die Diskussion war eine sehr rege und sachliche. Die Abstimmung ergab, daß man den Antrag, unser diesjähriges Johannistag in Form einer Tagespartie zu feiern, annahm. Zur technischen Weiterbildung der Kollegen wurde auf Antrag aus Mitgliedschaftskreisen die Zeitschrift „Typographische Mitteilungen“ empfohlen und der Betrag für das Abonnement einstimmig bewilligt. Unter „Tariflichem“ teilte der Vorsitzende noch mit, daß den zu Ostern auslernenden jungen Kollegen Broschüren ausgehändigt sind, um gleichseitig aufklärend zu wirken. Der Vorsitzende des Gesangsvereins, „Typographia“ forderte die Kollegen; welche dem Vereine noch nicht angehören, auf, ihm beizutreten, da dieser bei jeder Festlichkeit der Kollegen sich in den Dienst der Sache stelle und zum guten Gelingen der Feste beigetragen habe. — Die Märzversammlung, welche am 29. stattfand, hatte einen Besuch von 37 Kollegen aufzuweisen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils folgte die Aufnahme zweier ausgemerkter Kollegen, an welche der Vorsitzende noch einige ermahnende Worte richtete. Dem Kartellberichte wäre zu entnehmen, daß eine Sitzung mit den Gewerkschaftsvorständen stattgefunden hat, in welcher Reichstagsabgeordneter Brandes ein längeres, interessantes Referat hielt. Die Erziehung des zweiten Delegierten für das Kartell kam leider nicht zustande, dieser Posten wird vorläufig vom Vorstande mit versehen. Einen längeren Bericht von der Tätigkeit des hiesigen Gewerbegerichts gab uns dessen Beisitzer, Kollege Stamm. Vom Punkte „Johannistag“ ist noch zu berichten, daß die nähere Tour angegeben wurde; eventuell wird bei genügender Beteiligung ein Extrazug benutzt werden. Unter „Tariflichem“ wies der Vorsitzende noch auf die genaue Innehaltung der Lehrlingskassa hin; ferner auf einen besseren Besuch der Bezirksversammlung, da anschließend der Ortsverein Wernigerode eine kleine Nachfeier geplant hat. Unter „Verschiedenem“ wurde eine Technische Kommission von zwei Kollegen gewählt, welche mit dem Bibliothekar zusammen

die zu veranstaltenden Druckausstellungen arrangieren soll.

Landshut. Am 29. März fand unsere Monatsversammlung statt, in welcher Vorsitzender Koller über den Gautag ershöpft berichtete. Kassierer Meindl dankte dem Vorsitzenden namens der Versammlung für das die Beschlüsse eingehend erläuternde Referat. Gewerkschaftsdelegierter Dangel erstattete hierauf Bericht über die vom Gewerkschaftsverein im verflohenen Jahre geleistete Arbeit. Hieran anschließend gab er dann ein Bild der Lebensmittelpreiseverhältnisse, indem er unsere lokalen Preise dem Reichsdurchschnitt und dem Durchschnitt für Bayern gegenüberstellte und die Zahlen erläuterte. Nach einigen lokale Verhältnisse betreffenden Erörterungen schloß die Versammlung.

Leipzig. (Maschinenf. Die Versammlung am 6. April war wiederum nur mäßig besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des so plötzlich verstorbenen Kollegen W. Illner in üblicher Weise. Der Vorsitzende gab hierauf zwei Entschiede des Tarifamts bekannt. Weiter machte er Mitteilung von einer mit der Monotypgesellschaft geführten Korrespondenz wegen Einrichtung von technischen Kurfen für die Monotypgießer. Die Monotypgesellschaft hat sich zur Einrichtung dieser Kurfe in dankenswerter Weise bereit erklärt. Wie notwendig eine derartige Einrichtung speziell für Leipzig ist, geht daraus hervor, daß in hiesigen Grobdruckereien die Monotypgießer vorkommende Störungen nicht selbst beseitigen dürfen, sondern hierfür besondere Mechaniker vorhanden sind. Den Gießern wird dadurch die Möglichkeit genommen, den komplizierten Mechanismus der Maschine richtig kennen zu lernen. Der Vorsitzende wurde schließlich beauftragt, mit der Monotypgesellschaft darüber zu verhandeln, daß auch für die Tafer derartige Kurfe eingerichtet werden. Denjenigen Gießerkollegen, die der Maschinenfieberpartie noch nicht angehören, ist der sofortige Beitritt im eigenen Interesse zu empfehlen, um an diesen Kurfen teilnehmen zu können. Als Kandidat für die Wahl zur Verbandsgeneralversammlung soll der Vorsitzende unserer Vereinigung vorgeschlagen werden. Hierauf wurde durch den Vorsitzenden der zweite Teil des Höblichen Vortrags: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinenfieber im Auslande“, zu Gehör gebracht und vom Redner durch eigne Eräuterungen in Paris belohnt die französischen Verhältnisse beleuchtet. Unter „Technischem“ sprach Kollege Pester die Erfahrungen mit galvanisierten Mattern auf der Monotypgießmaschine. An praktischen Beispielen konnten sich die Anwesenden von Gefolgen überzeugen. Weiter wurde noch über die neue Doppelmagazintypsetze gesprochen. Aufgenommen wurden drei Kollegen. — Nächste Versammlung am 4. Mai.

Ludwigshafen a. Rh. (Vierteljahrsbericht.) In der am 11. Januar stattgehabten Monatsversammlung wurden nach einigen geschäftlichen Erledigungen zwei Neuaufnahmen vorgenommen. Hierauf hielt Herr Verbandsssekretär Fr. Albert (Ludwigshafen) einen Vortrag über: „Die moderne Genossenschaftsbewegung und ihre neueren Aufgaben“. Der Referent verbreitete sich hauptsächlich über die Konsum- und Baugenossenschaften sowie Volksversicherungen und wußte in seinem anderkundlichen Vortrage die Anwesenden zu fesseln. Reicher Beifall lekte nach Schluß der vorzüglichen Ausführungen ein und der Vorsitzende dankte dem Referenten im Namen der Versammlung. Unter „Verschiedenem“ brachte Kollege Malz als Gewerbegerichtsbeisitzer einige drastische Fälle von hiesigen Gewerbegerichts zur Kenntnis, während Kollege Igel als Mitglied des Tariffchiedsgerichts über drei Fälle berichtete. — In der Generalversammlung vom 15. Februar gab der Vorsitzende einen kurzgefaßten Jahresbericht und der Kassierer den Kassenbericht für das vierte Quartal 1912. Nachdem auch noch der Bibliothekar seinen Bericht über die Frequenz der Sachliteratur gegeben hatte, wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer und gleich anschließend dem Gesamtvorstande für seine Mithewaltung im Jahre 1912 Doharge erteilt. An der Höhe des Beitrags, der Remuneration des Vorstandes sowie der dem Vorstande zur Verfügung stehenden Summe für unvorhergesehene Fälle wurde nichts geändert. Die darauf stattfindende Aufstellung der Kandidaten für den Bezirksvorstand ergab mit Ausnahme des Kassierers die Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Als Kassierer wurde Kollege Hilpert aufgestellt. Nachdem noch zwei Revisoren und zwei Krankheitsbesucher gewählt worden waren, ging der Vorsitzende auf den Tagesordnungspunkt „Kartell“ ein und berichtete über die Errichtung eines Arbeitersekretariats und die Anstellung eines Sekretärs. Die Gesamtheit der Mitglieder nahm vorläufig keine definitive Stellung ein, sondern beschloß, bis nach der Generalversammlung des Kartells zu warten, um erst genauere Einzelheiten zu erfahren. In die Generalversammlung des Gewerkschaftskartells wurden darauf vier Kollegen als Delegierte gewählt. — Eine außerordentliche Versammlung am 17. März befaßte sich mit der Errichtung eines Arbeitersekretariats und der Anstellung eines Arbeitersekretärs. Die Versammlung gab, nachdem die Delegierten über die Generalversammlung des Gewerkschaftskartells berichtet hatten, ihre Zustimmung. Auch wurde die sich daraus ergebende Erhöhung des Kartellbeitrags angenommen. — In der Monatsversammlung vom 29. März, welche gegenüber den andern einen sehr schlechten Besuch aufwies, machte der Vorsitzende zunächst einige geschäftliche Mitteilungen. Hierauf erhielt Herr Reichstagsabgeordneter Binder das Wort zu der Fortsetzung seines Vortrags. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Der Vorsitzende berichtete sodann über die außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftskartells und teilte mit, daß das Arbeitersekretariat am 1. Oktober 1913 eröffnet werden soll. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

K. Schwabach (Mfr.). Am 30. März nahm die hiesige Mitgliedschaft den Bericht ihres Delegierten von dem an Ostern in München abgehaltenen Gautag entgegen. Die gutbesuchte Versammlung war, wie die nach dem Bericht einlebende Diskussion zeigte, im allgemeinen mit den Beschlüssen des Gautags einverstanden; doch kam auch zum Ausdruck, daß das Verhalten der Kollegen aus den Großstädten in der Frage der Bezirkseinteilung recht peinlich empfunden wurde. Obwohl ohne weiteres anzuerkennen sei, daß die vorgerechnete Kopfzahl der Mitglieder auf einen Delegierten zurechtfinden sein mag, so könne die Provinz doch auf ihre gegenwärtige Vertretung nicht verzichten, wogegen der Großstadtkollegen hundert Möglichkeiten geboten seien, ihren Willen durchzusetzen. Auch für die Wahl der Vertreter zur Generalversammlung war die allgemeine Überzeugung, daß es sehr wohl möglich wäre, von zehn Delegierten, die unser Gau zu stellen habe, der „eigentlichen“ Provinz, d. h. den kleineren Städten, deren Gesamtkollegenschaft gewiß einen sehr bedeutenden Teil im Gau ausmacht, mehr als einen Vertreter zuzubilligen. Ein Vertreter sei nach Ansicht der Versammlung viel zu wenig und hätten auf alle Fälle zwei kleinere Städte berücksichtigt werden müssen. Die Kleinstadtkollegen setzen sich dadurch bewußt, welcher „Werscheidung“ sie sich vor seiten der Großstädter erfreuen und könnten darüber nur ihr Bedauern zum Ausdruck bringen. Ein Kollege wurde für Pfingsten als Delegierter zum Maschinenmestertage nach Regensburg bestimmt, während die Mehrzahl der hiesigen Kollegen sich an den Jubiläumstreffen der Mitgliedschaft Würzburg beteiligen werden.

Umsa i. W. Am 30. März feierte unser Ortsverein sein Stiftungsfest. Leider vermisten wir in diesem Jahre, trotz ergangener Einladungen, die auswärtigen Kollegen. Die Festkommission hatte ein sehr umfangreiches, gebiegenes Programm zusammengestellt. Es enthielt außer Instrumentalkonzert humoristische Vorträge, Theater und Ball. Die Festrede hielt Gauvorsitzer Emil Albrecht (Aßm), welcher in vorzüglicher Weise Zweck und Ziele des Verbandes darlegte und für seine Ausführungen lebhaften Beifall erntete. Von Kollegen und deren Damen wurden zwei Einalter aus dem Buchdruckerleben aufgeführt. Nach einem flotten Balle trennte man sich mit dem Bewußtsein, einige sehr gemüthliche Stunden verlebt zu haben. Erwähnenswert ist, daß die Festdrucksachen von den einzelnen Prinzipalen in bereitwilliger Weise kostenlos geliefert wurden, wofür ihnen an dieser Stelle nochmals gedankt sei.

Wärzburg. Die unter dem Zeichen der Berichterstattung vom Gautag und der Beprechung der Anträge zur Verbandsgeneralversammlung sowie zur Nominierung eines Delegierten zu derselben stehende Mitgliederversammlung vom 29. März erfreute sich eines besseren Besuchs wie die vorausgegangene. Nach Ehrung des Kollegen Hilbert, der auf noch unaufgeklärte Weise in den Melles des Mays seinen Tod fand, gab Kollege Hemmerich einige „Internas“ bekannt. Hierauf erfolgte die Berichterstattung vom Gautage durch Kollegen Baier. War die Versammlung mit den Beschlüssen des Gautags im allgemeinen einverstanden, so konnte sie die Erhöhung der Gehaltsätze für die Angestellten des Gauvorstandes nicht gutheißen, da diese über das Erwartete hinausginge. Betreffs Bezirkseinteilung stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß die Mitgliedschaft Würzburg für sich einen Bezirk bilden solle und in nächster Zeit den kleinen Druckorten Unterfrankens an die Hand gegangen werden möge zwecks Bildung eines eignen Bezirks mit einem entsprechenden Vorort. Lebhafte Bedauer wurde, daß durch Beschluß eine Diskussion zum Referate des Verbandsvorstandes Böblin abgesehen wurde. Mit berechtigter Enttäuschung wies die Versammlung die statistische Festlegung zurück, wonach Würzburg die blasse Druckstadt Bayerns sein soll; wie es möglich sei, bei den hiesigen feuern Wohnungs- und Wirtschaftsverhältnissen mit wöchentlich 23,21 Mk. zurechtzukommen, sei nicht gut begreiflich, zumal die hiesigen Preise denen der Großstädte sehr nahe kämen. Die Anträge zur Generalversammlung wurden großzügig besprochen, und es kam zum Ausdruck, daß es gewissermaßen verwunderlich sei, wenn die vom Verbandsvorstand und teilweise gleichzeitig von den Gauvorständen unterzeichneten Anträge durchaus auf Beschlechterungen der derzeitigen Unterfertigungsätze hinzielen. Der eventuelle Delegierte Würzburgs, wozu Kollege Hemmerich vorgeschlagen wurde, wurde beauftragt, diese Anträge nicht zu unterstützen. Als weiterer Delegierter Bayerns wurde Gauvorsitzer Seib (München) aufgestellt. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten unter „Verschiedenem“ fand die anregende Versammlung ihren Abschluß.

Soffen. Aus Anlaß des 50jährigen Barufsjubiläums des Kollegen Mühlbach veranstaltet unser Ortsverein am 13. April einen Kommerz.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Erster ostdeutscher Buchdruckerfängertag in Riegnitz, Pfingsten 1913. Nach einem bereits früher unternommenen, aber gescheiterten Versuche war es im vorigen Jahre doch gelungen, die in Polen und Schlesien bestehenden Kollegengangsvereine zu einem Bunde zusammenzuschließen. Heute sind nun fast alle maßgebenden Vereine dem Bund angeschlossen, und trotz der weiten Entfernung waren die Posener Sangeskollegen die ersten, die ihre Teilnahme an einem Sängertage zusagten. So findet nun Pfingsten in Riegnitz der erste ostdeutsche Buchdruckerfängertag statt. Alle Anfragen, Quartier und Essen betreffend, sind an Kollegen R. Müller, Riegnitz, Wilhelmstraße 8 III, zu richten.

Meißeprüfung. Vor der Handwerkskammer in Mannheim legte der Faktor Ferdinand Groß in Heidelberg die Meißeprüfung mit Erfolg ab.

Konkurs. Über das Vermögen des Inhabers der Buchdruckerei Hoffmann & Schreier in Torgau wurde am 5. April des Konkursverfahrens eröffnet.

Betriebsunfall. In einer Wormser Buchdruckerei wurde einer Hilfsarbeiterin an einer Siegelmaschine die Hand so zerquetscht, daß sie abgenommen werden mußte. Die sogenannte Schutzstange war zwar vorhanden, aber sie erwies sich auch hier, wie in vielen ähnlichen Fällen, als ungenügend.

Schlichtung der Verhandlungen im Malergewerbe. Nachdem sich die Parteien über einige Erklärungen zum Tarifschema geeinigt hatten, machten die Arbeitgeber das Angebot, die Löhne der Schlichter auf 3 Pf. pro Stunde auf die ganze Vertragsdauer herabzusetzen. Die Gehilfenvertreter lehnten diese Zumutung rundweg ab. Sie konnten gleichzeitig feststellen, daß bereits 13488 Gehilfen zu neuen, größtenteils günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen, als sie die Schlichter sprachen, arbeiten.

Ausperrung und Kündigungsfrist. Das Gewerbeamt in Eberswalde hat in einer aus der gegenwärtigen Malerausperrung hervorgegangenen Streitfrage entschieden, daß bei einer Ausperrung, die nach Ablauf eines Tarifvertrags vorgenommen wird, die in dem früheren Tarifvertrage sowie auch die vor diesem Tarifvertrag üblich gewesene Ausperrung einer Kündigungsfrist keine Rechtsgültigkeit mehr habe und infolgedessen die in der Gewerbeordnung allgemein festgelegte Kündigungsfrist von zwei Wochen allein maßgebend sei. Durch dieses Urteil wurden die ausperrungslustigen Malermeister in Eberswalde, die ihre Gehilfen auf Anordnung der Unternehmerorganisation ohne jede Kündigungsfrist ausperrten, verpflichtet, den so Gemahregelten den Lohn für zwei Wochen auszubehalten.

Deutsche Justiz und Arbeiterbewegung. Als typisches Gegenstück zu der in Nr. 40 abgedruckten Mitteilung „Milde Justiz für Streikbrecherführer“ kann Verlauf und Ausgang des Prozesses gegen einen Streikenden in Magdeburg betrachtet werden. Gelegentlich des Metallarbeiterstreiks bei der Firma Mundlos & Co. in Magdeburg im Herbst vorigen Jahres soll der Arbeitswillige Goffhardt auf der Straße von mehreren streikenden Arbeitern umringt und bedroht worden sein, daß er Prügel erhalte, wenn er nicht die Arbeit niederlege. Wegen dieses Vorfalls wurde der Schlosser Engel, der Mitglied der Streikkommission war, unter Anklage gestellt wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Vom Schöffengericht Magdeburg-Neustadt wurde der Angeklagte jedoch freigesprochen. Gegen den Freispruch legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Vor dem Landgericht Magdeburg befandete der Arbeitswillige Goffhardt als Zeuge, daß Engel zwar in der Gruppe, von der er bedroht worden sei, gewesen sei, ob er aber selber auch Drohungen ausgesprochen habe, könne er nicht sagen. Auch andere Zeugen konnten derartige nicht behaupten. Trotzdem verurteilte das Landgericht den Angeklagten wegen Nötigung zu zwei Monaten Gefängnis; er sei als Mittäter anzusehen, denn alles, was die Streikenden getan hätten, habe seinem Willen entsprochen. Der Staatsanwalt hatte „nur“ vier Wochen Gefängnis beantragt. — Unter das gleiche Kapitel fällt auch eine Hausuchung in einem Gewerkschaftsbureau, die wegen angeblicher Beleidigung eines Papierfabrikanten vorgenommen wurde und in der deutschen Arbeiterpresse folgendermaßen dargestellt und kommentiert wird. Das Gewerkschafts- und das Zahlstellenbureau des Fabrikarbeiterverbandes in Dresden wurde auf Beschluß des Marienberger Amtsgerichts von einer Hausuchung betroffen. Zwei Kriminalbeamte erschienen unter Aufsicht eines Schreibmaschinenräufers, gingen in das Bureau der Zahlstelle und drei Kriminalbeamte in das Bureau des Gewerkschafts. Das Aufgebot dieser Polizeimacht erfolgte, um nach dem Manuskript eines Zirkulars zu suchen, das an die in der Marienberger Zeitung beschäftigten Fabrikarbeiter gesandt worden war. Durch dieses Zirkular ließ sich der Papierfabrikant Bilz in Niederchmiedeberg beleidigt. Es ist anlässlich dieses Eingreifens von Gericht- und Polizei zugunsten der angeblich durch ein Zirkular verletzten Ehre eines Papierfabrikanten vielleicht nicht uninteressant, zu wissen, daß der Papierfabrikant Bilz auf eine Anzeige der Gauleitung des Fabrikarbeiterverbandes hin Ende des vorigen Jahres zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, weil er längere Zeit hindurch Kinder in seiner Holzschleiferei beschäftigt hatte. Außerdem mußte er Anfang dieses Jahres 5 Mk. Geldstrafe zahlen, weil er im vorigen Jahr entgegen den gesetzlichen Bestimmungen einen jugendlichen Arbeiter täglich über zehn Stunden beschäftigt. Die Vergehen des Unternehmers wurden also sehr milde beurteilt.

Lebensmittelversorgung der Arbeiterschaft durch Arbeitgeber. Der „Arbeitgeber“ berichtet, daß sich in den letzten Jahren, hauptsächlich unter dem Drucke der allgemeinen Teuerung, deren Vorhandensein also unumwunden zugegeben wird, an vielen Orten unter den Arbeitgebern die Überzeugung Bahn gebrochen habe, daß der Versuch sich lohne, durch umsichtigen Großeinkauf den Arbeitern die Beschaffung von Lebensmitteln zu erleichtern. Als Lebensmittel, die in größeren Mengen bald regelmäßig, bald bei besonderen Vorfällen bezogen werden könnten, werden bezeichnet: Kartoffeln, Brot, Fleisch, Seefische und Fischkonserven, Kohl, Obst, Kraut, Hülsenfrüchte, Konserven, Möhren, Zwiebeln, Käse und Butterersatzmittel. Am weitesten verbreitet ist die Beschaffung von Kartoffeln, Seefischen und Fleisch, am einfachsten die von Kartoffeln, schwieriger die von Fischen und Fleisch. Für die Konsumenten liegt in dieser Form der Lebensmittelverbilligung, wie die Erfahrung lehrt, auch dann, wenn sie zweckmäßig

und nützlich organisiert ist, die Gefahr, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter als Produzenten zu erhöhen; in manden Fällen auch die wenig erfreuliche Möglichkeit, die Wohlthat der billigen Lebensmittelförderung für den Verzicht auf Erhöhung des Lohns einzutauschen zu müssen. Daran haben die Arbeiter keinerlei Interesse, und deshalb ziehen sie, wo sie zur Selbständigkeit und zum Selbstbewußtsein erwacht sind, es vor, ihre Angelegenheiten gemeinschaftlich selbst zu regeln, d. h. durch die Konsumvereine das zu erreichen, was ihnen fehlt. Das ist auch unzweifelhaft volkswirtschaftlich unendlich wertvoller und birgt gleichzeitig ein Stück Erziehungsarbeit in sich, der nicht der Charakter der Bevormundung anhaftet, die das Vorgehen der Arbeitgeber fast ausnahmslos kennzeichnet und damit dem Arbeiter unliebt macht.

Seringefallene Neutralitätsheucher. Etwa 200 Seizer waren aus dem schweizerischen Lokomotivbesitzerverein ausgeschlossen, hatten eine gelbe Gewerkschaft gegründet und den Verein auf Herausgabe des Vereinsvermögens (150000 Franken) verklagt. Das Obergericht Zürich hat jedoch die Klage abgewiesen und sämtliche Kosten den Selben auferlegt. Ihre Begründung, daß der Verein durch den Anschluß an den Gewerkschaftsbund sozialdemokratisch geworden sei, wurde als stichhaltig nicht anerkannt. Das Obergericht ging sogar noch weiter und verurteilte die Selben zur Zahlung von 250 Fr. Prozeßkosten an den „sozialdemokratischen“ Seizerverein. Es haben demnach diese gelben Neutralitätsheucher, die in rein wirtschaftlichen Organisationen ihre politische Umklammerung der großen Mehrheit Andersdenkender als maßgebend aufzwingen wollen, wenigstens in der Schweiz einen derben Nasenknäuel bekommen. Hoffen wir, daß es auch in Deutschland im Notfall noch solche Richter gibt.

Wohnungsfrage und Geburtenrückgang. Nach einer Mitteilung der „Kölnischen Volkszeitung“ hat die Solinger Stadterwaltung zum Aprilmorgenssterben 18 Familien, die anderweitig keine Wohnung erhalten konnten, eine solche verschaffen müssen. Es handelte sich aber keineswegs um schlechte Mietzinszahler, sondern durchweg nur um Familien, die eine größere Kinderzahl haben. Obwohl noch eine größere Anzahl passender Wohnungen in Privathäusern noch nicht vermietet sind, lassen die Vermieter die Wohnungen doch lieber leer stehen, als daß sie kinderreiche Familien aufnehmen. So kam es, daß am Nachmittage des 2. April in Solingen noch zehn Familien mit ihrem Mobiliar sich auf der Straße befanden, bis die Polizei ihnen Wohnungen in städtischen Häusern anwies, die ihres schlechten Zustandes wegen abgerissen werden sollen.

Ein Arbeiterminister in den Vereinigten Staaten. Zu der aus der Tagespresse wohl schon allgemein bekannt gewordenen Berufung des ehemaligen Gewerkschaftsführers William Wilson in das Ministerium des neuen Präsidenten Woodrow Wilson, die die amerikanische Arbeiterbewegung, Samuel Gompers, u. a. m. Das Geheiß zur Errichtung eines besonderen Arbeitsministeriums, dessen Sekretär Mitglied des Kabinetts des Präsidenten ist, hatte kürzlich die Zustimmung beider Häuser des Bundesparlamentes gefunden. Die zu seiner Gültigkeit notwendige Unterzeichnung des Präsidenten Tass erfolgt das Geheiß aber erst am Morgen des 4. März, wenige Stunden vor Ablauf der Legislaturperiode. Unter Freund und Mitarbeiter William W. Wilson, der frühere Sekretär des Kohlenbergarbeiterverbandes, der seit zwei Wahlperioden dem Repräsentantenhaus als Vertreter eines pennsylvanischen Wahlkreises angehört und längere Zeit Vorsitzender der Kommission für Arbeiterangelegenheiten im Hause war, ist jetzt vom Präsidenten Wilson zum Sekretär bzw. Leiter des neuen Ministeriums ernannt worden. William Wilson war der Kandidat der Arbeiterschaft für diesen Posten, und hat der Gewerkschaftsbund auch mit aller Energie für seine Ernennung gewirkt. Die Gewerkschaften haben daher auch alle Ursache, mit dem Resultat ihrer Agitation auf diesem Gebiete zunächst zufrieden zu sein, nachdem der von ihnen vorgezeichnete Kandidat Mitglied des neuen Ministeriums geworden ist. Dort wird er noch mehr wie bisher Gelegenheit haben, für die Interessen der Arbeiterschaft einzutreten.

Arbeitszeiten im Auslande. Nach einer neueren offiziellen Statistik über die durchschnittliche Arbeitszeit in jenen Industriezweigen Frankreichs, die der Fabrik- bzw. Gewerbeinspektion unterliegen, beträgt die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden oder weniger in 864 Betrieben, zwischen 8 und 9 Stunden in 980 Betrieben, 9 Stunden in 4097 Betrieben, zwischen 9 und 10 Stunden in 5469 Betrieben, 10 Stunden in 191145 Betrieben, zwischen 10 und 11 Stunden in 10819 Betrieben, 11 Stunden in 30579 Betrieben, zwischen 11 und 12 Stunden in 9915 Betrieben, 12 und mehr in 25691 Betrieben. Ingesamt sind also 279379 Betriebe gezählt, das sind etwa 86 Proz. aller unter die Inspektion fallenden Betriebe. Zwar haben 72 Proz. der genannten Gruppen den Jehnntundentag, doch darf nicht übersehen werden, daß in dieser Zahl auch rund 150000 Betriebe einbezogen sind, für welche seit 1900 der gesetzliche Jehnntundentag besteht, weil sie Frauen oder Kinder beschäftigen. — Nach der schweizerischen Fabrikstatistik beträgt die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit noch mehr als 10 Stunden pro Tag in der Bekleidungsindustrie für 30,3 Proz. der Beschäftigten, in der Nahrungsmittelindustrie für 29 Proz., in der chemischen Industrie für 28,7 Proz., in den Kraftzentralen für 19 Proz., in der Papierindustrie für 9,9 Proz., in der Holzindustrie für 24,7 Proz., in der Metallindustrie für 20,3 Proz., in der Maschinenbauindustrie für 46,3 Proz., in der Eisenindustrie für 10,7 Proz., in der Industrie der Steine und Erden für 42,8 Proz., in der Textilindustrie für 52,4 Proz. Die letzte Zahl ist um so erstaunlicher, als sich unter den 100175 Fabrikarbeitern der Textilindustrie nicht weniger

als 64891 weibliche befinden. Im Durchschnitt arbeiten noch 35 Proz. aller Inbetriebarbeiter mehr als 10 Stunden pro Tag. Das macht auch den großen Widerstand gewisser Unternehmensekreise gegen den zurzeit zur Beratung stehenden Entwurf des neuen Fabrikgesetzes verständlich, weil dieses den Jehnntundentag als Maximalarbeitszeit für alle Arbeiter vorsieht. — Einer interessanten Statistik über die Arbeitszeit in Norwegen, die von den Gewerkschaften bearbeitet wurde und die sich auf rund 70000 Arbeiter und 626 Tarifverträge erstreckt, entnehmen wir, daß allgemein die Arbeitszeit am Sonnabend eine kürzere ist. Im Durchschnitt ist die Arbeitszeit an den ersten fünf Tagen der Woche 9,9 Stunden, am Sonnabend 7,8 Stunden. Nur die Bäcker und einige Transportarbeiter arbeiten am Sonnabend länger. Die durchschnittliche Arbeitszeit am Sonnabend beträgt 12,9 Stunden bei den Bäckern, 10,6 Stunden bei den Müllern und Papierarbeitern, 10 Stunden in der Schneiderei, 9,7—9,9 Stunden in Sägewerken, Meiereien und Fleischerieen, 9—9,1 Stunden bei den Sägen- und Transportarbeitern und in der Industrie der Steine und Erden, 8,9 Stunden in Brauereien, 7,5—7,9 Stunden im Buchdruckergewerbe, in Gas- und Elektrizitätswerken, in der Lederindustrie, 7—7,4 Stunden im Baugewerbe, in der chemischen Industrie, Schuhindustrie und in Holzwarenfabriken, 6,5—6,8 Stunden in Fleischa- bei Klemptnern, Buchbindern, Goldschmieden, Böttchern, Zündholzfabriken, mechanischen Werkstätten, bei Malern, Maurern, Möbelschneidern, Rohrlegern, Schmiedern, Zimmerern, Steinhuern, Textilarbeitern, 5,4 Stunden bei den Tabakarbeitern.

Gestorben.

In Augsburg am 7. April der Seherinwalde August Wagner, genannt Leger, 75 Jahre alt — Altersschwäche. In Bremen am 4. April der Seherinwalde Friedrich Chr. Steffens von dort, 77 Jahre alt — Magenkrebs. In Bieslau am 8. April der Galvanoplastiker Erich Kasehl aus Steffin, 37½ Jahre alt — Lungenentzündung.

In Bromberg am 8. April der Seher Paul Müller, 22 Jahre alt.

In Hamburg am 1. April der Faktor Otto Hugo Eckhardt aus Leipzig — Selbstmord.

In Magdeburg am 6. April der Seher Kurt Richter aus Zeitz, 45 Jahre alt — Gehirnschlag.

In Nürnberg am 3. April der Seher Hans Weidinger, 56 Jahre alt.

In Straßburg am 7. April der Seherinwalde Julius Lehmann von dort, 72 Jahre alt.

Briefkasten

M. S. in G.: Findet in geeigneter Weise Verwendung. — Th. K. in S.: Wir wollen Ihnen noch einmal das Wort verfallen, dann muß aber Schluss gemacht werden, denn es kommt weder etwas Neues, noch ein größeres Hehlitz heraus. Sie müssen sich schon dazu begnügen, Ihre Meinung der der Danziger Generalversammlung unterzuordnen. — J. W. in M.: Sedenfalls in nächster Nummer. — Pr. in G.: In kleinen Ortsvereinen wird das Protokoll wohl meist am Schlusse der Versammlung vorgelesen. Das empfiehlt sich aus naheliegenden Gründen auch durchaus. — Sch. in Kreuznach: Über derartige Subsidien berichten wir nicht. — M. L. in Kiel: 1,55 Mk. — D. K. in Mannheim: 6,05 Mk. — R. M. in Wiegitz: 9,35 Mk. — L. in Breslau: 2,30 Mk. — D. B. in Bromberg: 2,15 Mk.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II,
Fernsprecher: Amt Sürfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Zur Berücksichtigung des am 3. Mai neuerscheinenden Adressenverzeichnisses werden diejenigen Bezirksvorsteher und -kassierer bzw. Vorstehenden der größeren Mitgliedschaften, die ihre Wohnung verändert und diese Veränderung im „Korr.“ noch nicht bekanntgegeben haben, ersucht, ihre neue Adresse bis spätestens 22. April der Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, anzugeben.

Berlin, den 10. April 1913.

Die Hauptverwaltung.

Bekanntmachung.

Die verehrlichen Funktionäre ersuchen wir um möglichst umgehende Mitteilung der Adresse des Maschinenbauers Adolf Unke, geboren in Krümmischau am 16. Oktober 1886 (Hauptbuchnummer 80430). Gleichzeitig ersuchen wir um Einleitung seines Legitimationsbuchs.

Berlin. Der Vorstand.

Stenografie. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins möchte hierdurch die Kollegen und Funktionäre auf den Drucker Karl ten Caden aus Seiffenhausen aufmerksam machen. Derselbe reiste hier zu und gab vor, Verbandsmitglied zu sein, zahlte Beiträge und nahm Abschied von hier, indem er sich einen Vorstoß in Höhe der gezahlten Beiträge geben ließ, um so wieder zu seinem Gelde zu kommen. ten Caden war Mitglied, wurde aber bereits im vierten Quartale 1910 vom Ortsverein Elberfeld ausgeschlossen. Da derselbe nun wissenschaftlich als Betrüger gehandelt hat, so möchten wir die Kollegen warnen und bitten, ihn, falls er dasselbe Mandat noch einmal veruchen sollte, der Polizei zu übergeben. Von hier wird man ihn wegen Betrugs zu belangen suchen.

Waldenburg i. Schlef. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Oswald Voigt, Gottesberg, Schulstraße 1 III.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeigte Adresse).
In Meß der Schweizerdegen Heinz Gemmerich, geb. in Burgsteinfurt 1889, ausgel. daf. 1907; war noch nicht Mitglied. — Rud. Bock, Magellenstraße 37.
In Neustadt a. d. S. der Seher Adam Kriedel, geb. in Salsloch 1877, ausgel. daf. 1896; war schon Mitglied. — Julius Forst, Ludwigstraße 24.

Verammlungskalender.

Bielefeld. Stereotypen- und Galvanoplastikerbezirksversammlung heute Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Eisenhütte“.

Brandenburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 13. April, vormittags pünktlich 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Elmsborn. Versammlung heute Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Großen Saal“.
Erfurt. Maschinenmeisterversammlung Mittwoch, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Tivol“.
Essen. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 13. April, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Eilers in Gelsenkirchen, Kaiserplatz.
Flensburg. Maschinenseherquartalsversammlung Sonntag, den 13. April, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer Nr. 7).
Gießen. Versammlung heute Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Greiz. Versammlung heute Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale.
Sagen i. W. Maschinenmeisterbezirksversammlung Sonntag, den 13. April, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokale von Hoffe, Böhmer Straße.

Hamburg. Vorstandssitzung Montag, den 14. April, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau.
Mainz. Maschinenmeisterversammlung heute Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Brauhaus zum Gutenberg“.
M. Gladbach. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 13. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Biffers, Ripperhenderstraße.
Neurode. Maschinenmeisterversammlung am Dienstag, dem 15. April, abends 8 Uhr, im „Hohenzollern“.
Neukirchen. Quartalsversammlung heute Sonnabend, den 12. April, abends 8 Uhr, beim Stollegen Leib, „Zur Bierhalle“ (Marktplatz).
Saarbrücken. Versammlung heute Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Tivol“, Gerberstraße 24.
Wiesbaden. Maschinenseherversammlung heute Sonnabend, den 12. April, abends 9 Uhr, im „Eisernen Kautler“, Bismarckring.
Zittau. Versammlung Montag, den 14. April, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

BRESLAUER BUCHDRUCKER-GEHILFEN-VEREIN

Zur Feier des 40jähr. Bestehens
am Sonntag, 1. Juni, im Gewerkschaftshaus
 sind alle auswärtigen Kollegen herzlichst eingeladen
 Die Beteiligung an der Feier ist kostenlos.

Bereinigung der Stereotypen und Galvanoplastiker
Gau Mittelrhein — Sitz Mannheim

Sonntag, den 20. April, vormittags 10 Uhr, findet in Mainz, im Restaurant „Brauhaus zum Gutenberg“, die diesjährige
zweite ordentliche Generalversammlung
 statt. — Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Erstattung des Jahresberichts; 3. Kassenbericht; 4. Wahl des Vorstandes, der Technischen Kommission und der Revisoren; 5. Festsetzung der Remuneration des Vorstandes; 6. Technisches; 7. Regelung der Bezirkseinteilung; 8. Anträge; 9. Verschiedenes. — Um 9 Uhr vormittags: Besichtigung der Mainzer Verlagsanstalt. — Abends: Gemütliches Beisammensein.

Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen Der Vorstand.

Buchdruckerei

mit Schnell- und Siegeldruckmaschinen sowie allen freiem Kundenreise, mit eigenem Gebäude für Betrieb und Wohnungen, in deutsch-amerikanischer Provinzialstadt mit über 20000 Einwohnern, wegen an derweiliger Überlastung zu verkaufen. Die betreffende Stadt ist der Knotenpunkt von internationaler Eisenbahn und Fremdenverkehr. Befehl weiler großer Handel und Industrie. Nütziges Kapital etwa 60000 Kronen. Rest in beiläufig gleicher Höhe kann liegen bleiben. Offerte von Selbstbestimmten mit voller Adresse event. Referenzen unter: [556]

Glänzende Existenz und Verzinsung an die Geschäftsfelle d. B. erbelen. Vermittlung nicht erwünscht.

„Kieler Sprott“

Allerlei fette und gewöhnliche Fische, aus Anlaß des schleswig-holsteinischen Gaultags den Delegierten feriert. Für 10 Pf. pro Stück (Porlo 1 Stück 3 Pf., 2 Stück 5 Pf., bis 7 Stück 10 Pf., bis 14 Stück 20 Pf.) gegen Vereinfachung des Bestells zu beziehen von **M. Eisner, Kiel, Ringstraße 92 II r.** [580]

Unterstützungsstaffe für Buchdrucker der Pfalz
 Die diesjährige
Generalversammlung

findet Sonntag, den 25. Mai, in Neustadt statt. Anträge hierzu mügen bis zum 4. Mai an den Vorsitzenden **H. Messmer** in Neustadt, Stangenbrunnengasse 1, eingereicht werden.

Gabelberger Stenographie ist Buchdruckerstenographie!

H. Gabelberger Stenographielehrer. (Gabelberger) erteilt briefl. sicher u. leicht **H. Gabelberger**, Leiter des Fernunterrichts, Fernogr.-Anstalt, Buchdrucker in Deutschland, Samml. u. Verfl. [546]

Ostdeutscher Buchdruckerfängerbund
Pfingsten 1913
Erstes Bundesfängerfest in Biegnitz

Wir suchen zum möglichst sofortigen Antritt für unsre
Fensterdruckerei
 wichtigen Maschinenmeister, der die Maßländer-Maschine mit Erfolg bedient hat. Zeugnisabfertigung sowie Lohnansprüche unter C 48 an **Gewerkschafts-Annoncenbureau, Berlin W 9**, erbelen.

Seherblusen
 acht blauweiß gestreift u. in jeder Farbe:
 110 120 130 140 cm lg.
 Qual. extra 3,40, 3,60, 3,80, 4,00 Mk.
 „ Pa. 3,10, 3,20, 3,35, 3,50
 „ I 2,85, 3,00, 3,15, 3,30
 „ II 2,65, 2,70, 2,85, 3,00
 „ III 2,20, 2,35, 2,50, 2,65
 Maschinenmeisteranzüge zu 2,50—6 Mk.
Arno Ghod in Gera (P.)
 Fabrik für Berufsausbildung u. Wäsche.
 Katalog frei! [577]

Sonntag, 10. Mai, 8 1/2 Uhr abends: Begrüßungsabend im großen Saale des „Badehauses“, Bismarckstraße.
Sonntag, 11. Mai, 8 Uhr vormittags: Spaziergänge in der Stadt. 11 Uhr vormittags: Festigung im großen Saale des „Badehauses“ (Festrede: Gauvorsitzer Fiedler [Breslau]). Anschließend: Gemeinames Mittagessen. 2 Uhr nachmittags: Spaziergang nach Schuberishof. 5 1/2 Uhr nachmittags: Generalprobe der Massenchor mit Orchester. 8 Uhr abends: Galkonzert im großen Saale des „Badehauses“.
Montag, 12. Mai, 8 Uhr vormittags: Vertreterversammlung in der „Braucommune“. (Für die übrigen Teilnehmer Spaziergänge in die nähere Umgebung der Stadt.) 11 Uhr vormittags: Frühstücken in der „Braucommune“. Anschließend gemeinsames Mittagessen. 2 Uhr nachmittags: Abmarsch nach der „Siegeshöhe“. Tanz. 8 Uhr abends: Abschiedsstücken in der „Braucommune“.

Monotypgießer
 ehural und flott arbeitend, gesucht. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie Zeit der Praxis, Lohnansprüche und Tag des Eintritts an **Hallberg & Büchling, Leipzig, Lützowweg 23**, [584]

Technikum für Buchdrucker
 Beste technische, kunstgewerbliche und sachkaufmännische Ausbildung. Vorbereitung für die Meisterprüfung. Vorträge, Besuche von Museen und Fabriken. Unterricht im Setzungsweisen und Journalismus. Dauer der Kurse ein Jahr. Tätigkeitsberichte usw. durch die Geschäftsstelle: Leipzig-R., Senefelderstraße 13-17

Die Kollegen von Schlesien und Posen sind dazu freundlichst eingeladen. Alle das Quartier und Essen betreffende Anfragen sind an Kollegen **R. Müller**, Biegnitz, Wilhelmstraße 8 III, zu richten. [589]
 Der geschäftsführende Aussch. **Gefauschau Biegnitz.**

Galvanoplastiker
 für dauernde, angenehme Stellung gesucht. Angebote mit Angabe von Gehaltsansprüchen und Angabe bisheriger Tätigkeit erbelen an [594]
Schriftgießerei D. Stempel, A.-G., Frankfurt a. M.

Dankagung!
 Allen lieben Freunden, Gönnern und Kollegen, welche anlässlich meiner 50jährigen Berufstätigkeit mich mit Gratulationen und Glückwünschen ehren, sage hiermit allen meinen innigen Dank. [581]
Frankfurt a. M. Richard Beyer, Schriftgießer.

Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher überzeugen, dass Sie direkt aus unserer Fabrik **Herren-Anzug-Stoffe**

Paletot-, Hosen-, Joppen-, Westenstoffe und Damentuiche wirklich billig kaufen und noch andere Vorteile haben. — Stets letzte Neuheiten nur bester, tragfähigster Qualitäten in größter Auswahl

Lehmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg L. Postfach Nr. 121
 Verlangen Sie sofort Muster, wir senden dieselben an jedermann franko ohne Kaufzwang.

Leistungsfähiger Stempelschneider
 solide zuverlässige Kraft, sucht dauernde Stellung im In- oder Auslande. Gefällige Angebote an **H. Engelhardt, Leipzig-Neustadt, Ludwigstraße 9**, [595]

Für die uns aus Anlaß unsres 50jährigen Berufsjubiläums von der verehrlichen Prinzipalität sowie Geschäftsleitung, den Herren Faktoren und Kollegen von nah und fern dargebrachten Geschenke, Ehrungen und Glückwünsche sagen wir hiermit allen unsern herzlichsten und aufrichtigsten Dank.
 Leipzig, 7. April 1913. [585]
Sermann Altbald, Bernhard Beyer, l. d. Ga. Hallberg & Büchling.

Praktisches Latein
 Kurzer Lehrgang für Buchdrucker
 Von **J. Bass**
 Hauptlehrer an der Gewerbeschule Stuttgart.
 Herausgegeben v. Graphischen Klub Stuttgart.
 Dritte, vermehrte Auflage.
 80 Seiten Gr.-Oktav. Preis 1 Mark.
 Auf 10 Exempl. wird 1 Frei-Exempl. gewährt.
 Dieses nützliche Buch eignet sich sowohl zum Selbststudium wie zum Nachschlagen.
 Bestellungen an A. Kirchhoff, Stuttgart, Augustenstr. 91.

Richard Härtels Bucherverband
 (H. Sieg), München 2, Holzstraße 7.
 Fachliteratur, Werke, Musiknoten u. Theaterstücke. Katalog unberechnet und frei.
 Die Herstellung von Büchern. Illustrationen, Aufzügen usw. Mit Abbildungen, Belegten und Tafeln. Von **H. W. Unger**, 8 Mk., geb. 9,75 Mk.

Am 8. April verschied nach kurzem Leiden unser wertres Mitglied, der Galvanoplastiker
Erich Kafehl
 [592]
 aus Steffin, im 38. Lebensjahre.
 Wir werden sein Andenken dauernd in Ehren halten.
Ortsverein Breslau.

Am 7. April verstarb infolge Altersschwäche unser lieber Kollege, der Seherinvalide
Hugust Wagner, gen. Veger
 [591]
 im Alter von 75 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedchaft Augsburg.

Berschießbare Werkzeugkasten
 sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt **Kollege Max Voigt, Leipzig-Stötteritz, Papiermühlstraße 5 II**. Preisliste gratis. [586]

Am 8. April verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher
Paul Müller
 im 22. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken wird ihm stets auch über das Grab hinaus bewahrt
Die Mitgliedchaft Straßburg.

Am 8. April verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Galvanoplastiker
Erich Kafehl
 [588]
 im 38. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen der Schriftgießerei Graf, Barth & No. (W. Friedrich), Breslau.

Am 7. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Seherinvalide
Julius Lehmann
 [587]
 aus Straßburg, im 72. Lebensjahre.
 Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Der Bezirksverein Straßburg.

Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe v. **H. B. Lindt**, Mitglied der Meisterprüfungskommission in München 2 SO. 2. Auflage. 2,60 Mk. auf Postcheckkonto 910 oder Nachnahme. [398]

Typographische Rundschau
 Monatschrift mit Jahrl. 700 mod. Satzvorlagen. Probeheft 30 Pf. Herausg. J. Wienand, Bonn I.

mit sämtlichen Einteilungen 20 Pf.
Zeilenmaß C. Frig, Frankfurt am Main 3.